

## EINWOHNERRAT

### Protokoll

der 40. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

---

Sitzungsdatum: 20. Januar 2016  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.00 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin  
Christoph Morat  
Franziska Pausa  
Franz Vogt  
Robert Vogt  
Arnold Julier  
Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter

Gäste:

Entschuldigt: Keller Ueli, Kneubühler Patrick, Rütli Willy

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 36 Anwesende = 24  
18.30 Uhr, 37 Anwesende = 25

---

#### **Bereinigte Traktandenliste**

1. Vorstellung/Präsentation und Verständnisfragen  
Bericht betreffend **Gemeindeentwicklung „Zukunft Allschwil“**  
(zugehörend zum Geschäft 3895F, das am 24.2.2016 behandelt wird)  
Geschäftsvertretung: J. Krummenacher, HSLU
  2. Wahl eines Mitgliedes in die **Finanz- und Rechnungsprüfungskommission**,  
anstelle der zurückgetretenen Barbara Selinger (EVP/Grüne-Fraktion),  
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)  
Wahlvorschlag: Tobias Schläpfer Geschäft 4261
  3. Wahl eines Mitgliedes in die **Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente**,  
anstelle der zurückgetretenen Barbara Selinger (EVP/Grüne-Fraktion),  
für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)  
Wahlvorschlag: Tobias Schläpfer Geschäft 4262
-

4. Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die **Umweltkommission**, anstelle der zurückgetretenen Barbara Selinger (EVP/Grüne-Fraktion), für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)  
Wahlvorschlag: Tobias Schläpfer Geschäft 4263
5. Wahl eines Mitgliedes in die **Spezialkommission „Generelle Leistungsüberprüfung“** anstelle der zurückgetretenen Barbara Selinger (EVP/Grüne-Fraktion)  
Wahlvorschlag: Tobias Schläpfer Geschäft 4268
6. Bericht des Gemeinderats vom 21.10.2015, zum Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 10.09.2013, betreffend **Anpassung der Richtlinien des Einwohnerrats über die Plakatierung vom 26. Februar 2003**, 1. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff Geschäft 4153 / A
7. Bericht des Gemeinderates vom 09.12.2015, betreffend **Abrechnung über den Neubau des Dreifachkindergartens „Pestalozzi“ inkl. Räumlichkeiten für den Vorschulheilpädagogischen Dienst (VHPD)**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4088D
8. Bericht des Gemeinderates vom 11.11.2015, betreffend **Abrechnung über den Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 1'350'000.00 inkl. MWST für die Sanierung des Doppel-Kindergartens „Schlappenmatten“**  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4148B
9. Bericht des Gemeinderates vom 18.11.2015, betreffend **Ersatz Parkplatzreglement durch Ersatzabgabereglement für Parkplätze**, 1. Lesung (mit Antrag auf nur eine Lesung)  
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4255
10. Bericht des Gemeinderates vom 18.11.2015, zum Postulat von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend **Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter**  
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4095 / A
11. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 19.05.2015, betreffend **Integrationskonzept**  
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4240 / A
12. Interpellation von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 27.08.2015, betreffend **Was kostet uns die UStR3**  
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4246 / A
13. Motion von Matthias Häuptli, Mario Elser und Jérôme Mollat, GLP, vom 8.12.2015, betreffend **Modernes Subventionssystem für die Tagesbetreuung**  
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme  
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4259
14. Verfahrenspostulat von Ueli Keller, Grüne, vom 9.12.2015, betreffend **Bitte macht vorwärts mit dem Lindenplatz**  
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme  
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 4260

**Nach der Pause:**

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES
  - FRAGESTUNDE
-

**Für das Protokoll:**

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

---

**Einwohnerratsprotokoll Nr. 40 vom 20. Januar 2016**

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des  
Einwohnerrates Allschwil**

Pascale Uccella-Klauser

---

**Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten**

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich begrüsse Sie sehr herzlich zur ersten Sitzung in diesem Jahr. Ich hoffe, Sie haben alle das Jahr gut angefangen und ich wünsche uns eine gute Sitzung. Ich begrüsse speziell Herrn Krummenacher und Herrn Willimann von der Hochschule Luzern, von ihnen werden wir später noch etwas hören.

**[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]**

Ich habe noch Mitteilungen. Nach dem Austritt von Barbara Selinger möchte ich neu Tobias Schläpfer von der EVP herzlich begrüssen. Ich wünsche Ihnen viel Spass in Ihrem Amt. Das Kammerorchester Allschwil hat den Einwohnerrat eingeladen, am Sonntag am 24. Januar in die Christuskirche Allschwil zu kommen fürs Jahreskonzert. Wenn jemand dazu Unterlagen möchte, dann können Sie das hier bei mir abholen.

Ich möchte noch eine Mail beantworten von Herrn Bammatter. Er hat mir kurz vor der Sitzung eine Mail geschrieben: Papierlos im Einwohnerrat. Herr Bammatter, wir haben hier drin kein WLAN, das ist richtig. Man kann es aber trotzdem papierlos machen, man müsste es einfach herunterladen. Es sind keine grossen Traktandenlisten, die wir hier haben. Man kann es auf den Laptop tun und dann alles anschauen. Im neuen Gebäude wird das sicher anders sein.

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Ich sehe, dass Sek I einen Gast-Zugang hat. Wenn ich mich als Gast fühle, dann kann ich das vielleicht mit der Schulleitung erledigen. Ansonsten haben wir einen Lehrer im Kollegium, der einen Freundschaftsdienst leisten kann. Aber ich werde mich nochmals darum kümmern.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Das wollte ich als nächstes vorschlagen, nämlich, dass ich an der nächsten Sitzung mit dem Schulrat Oberstufe den Schulleiter fragen, ob wir hier mitmachen können.

Dringliche Interpellationen gibt es keine und auch kein dringliches Postulat. Es gibt übrige Vorstösse, die ich gerne vorlesen möchte. Postulat Projekt Skulpturführer Allschwil 2015 bis 200 Jahre Allschwil,

---

---

Geschäft 4267. Interpellation, Sicherheit für die schwächsten Verkehrsteilnehmerinnen und –teilnehmer, Geschäft 4269.

Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste. Die Traktandenliste wurde rechtzeitig zugestellt. Gibt es Änderungsanträge? Das ist nicht der Fall. Die Traktandenliste ist in der vorliegenden Form genehmigt.

Traktandum 1 ist kein Geschäft mit einer Abstimmung, es ist einfach eine Vorstellung. Aber es gehört zu einem Geschäft.

01.030

Einwohnerrat

### **Traktandum 1**

Vorstellung/Präsentation und Verständnisfragen

Bericht betreffend Gemeindeentwicklung „Zukunft Allschwil“

(zugehörend zum Geschäft 3895F, das am 24.2.2016 behandelt wird)

Geschäftsvertretung: J. Krummenacher, HSLU

---

**Jürg Krummenacher**, HSLU: Ich war in den letzten Monaten so häufig in Allschwil, sodass ich viele von Ihnen bereits kennengelernt habe, und schon fast ein halber Allschwiler bin. Ich weiss, dass Sie unter anderem einen sehr guten Fussballclub haben, der in der gleichen Liga spielt, wie mein ehemaliger Fussballclub, FC Ibach. Leider sind wir in einer anderen Gruppe, ansonsten würden wir gegeneinander spielen.

Es ist für uns eine grosse Ehre, dass wir Ihnen das Zwischenergebnis des Projekts „Zukunft Allschwil“, Gemeindeentwicklung, vorstellen dürfen. Wir machen das in zwei Teilen. In einem ersten Teil werde ich vor allem auf die Gemeindeorganisation eingehen. Im zweiten Teil wird Ivo Willimann, wir leiten das Projekt an der Hochschule zusammen, Ihnen die Ergebnisse der Situationsanalyse vorstellen. Herr Gloor wird Ihnen unsere Präsentation verteilen. Ich entschuldige mich dafür, dass nicht alle Exemplare gut gedruckt wurden. Ich präsentiere Ihnen kurz eine Übersicht. Ich werde zuerst die Ausgangslage darstellen, Handlungsempfehlungen zum Einwohnerrat, Handlungsempfehlungen zum Gemeinderat und zur Verwaltung, die Umsetzung der Handlungsempfehlungen und zum Schluss eine Einschätzung bezüglich Gemeindeentwicklung der letzten Jahren.

Zur Ausgangslage. Wir hatten die Ehre im letzten April 2015 einen Workshop zu moderieren, wo wir eine Situationsanalyse gemacht haben. Zu diesem Workshop waren alle Einwohnerräte und alle Gemeinderäte sowie die Hauptabteilungsleiter eingeladen. Das Ergebnis des Workshops war, dass man das Projekt Zukunft Allschwil gestartet hat. Dort geht es darum zu schauen, wie die Gemeindeorganisation ist und Überlegungen anzustellen zur Gemeindeentwicklung. In diesem Projektvorschlag waren zwei Teilprojekte vorgesehen. Im ersten Teilprojekt geht es um die Aufbau- und Ablauforganisation der Gemeinde, die wir überprüft haben und im zweiten Teilprojekt geht es – und darüber werden Sie erst noch entscheiden – um ein Gemeindeentwicklungskonzept oder ein Leitbild. Im Hinblick auf diese Leitbild-Entwicklung haben wir bereits eine Vorarbeit gemacht, das wird nachher Herr Willimann präsentieren. Er hat eine Situationsanalyse zu den Stärken und Schwächen der Gemeinde Allschwil durchgeführt.

So sieht die Projektorganisation aus. Wir haben eine Steuergruppe, die sich zusammensetzt aus der Gemeindepräsidentin, der Präsidentin des Einwohnerrates, Gemeindeverwalter, Projektleitung und uns beiden Experten der Hochschule Luzern. Zusätzlich haben wir ein Soundingboard, das sich zusammensetzt aus je einem Vertreter oder Vertreterin aus den sechs Fraktionen des Einwohnerrats, drei Vertreterinnen des Gemeinderates, drei Vertreter der Hauptabteilungsleiter und den Mitgliedern der Steuergruppe. Die Rolle des Soundingboards ist die, wie es der Name sagt, dass wir ihnen die Zwischenergebnisse des Projekts präsentiert haben und dass sie dazu konsultativ Stellung nehmen konnten. Der Entscheid liegt nicht beim Soundingboard. Wir haben uns bisher zu drei Workshops getroffen. Wir von der Hochschule haben die Stimmung in diesem Soundingboard, übrigens auch in der Steuergruppe, als äusserst konstruktiv, positiv und sehr aktiv wahrgenommen.

Was ist die Grundlage der Gemeindeorganisation, von der Analyse. Im Wesentlichen basieren die Handlungsempfehlungen und die Analyse auf acht Interviews. Das sind insgesamt rund anderthalbstündige Interviews, welche ich im Verlauf des Septembers mit Vertreterinnen des Einwohnerrates, Gemeinderates und Kaders durchgeführt habe. Zusätzlich gab es Fokusgruppe-Diskussionen mit der Steuergruppe. Wir haben dort die Diskussion vertiefter angeschaut. Wir hatten eine Diskussion im Soundingboard über die Ergebnisse der Analyse am 22. September 2015. Das sind die Vertreterinnen und Vertreter, die an den Interviews teilgenommen haben. Sie sehen, dass es vier

---

Vertreter waren aus dem Einwohnerrat. Es sind zwei Vertreter aus dem Gemeinderat und zwei Hauptabteilungsleiterin bzw. Hauptabteilungsleiter.

Zu den Handlungsempfehlungen. Die Handlungsempfehlungen sind ausgerichtet auf Einwohnerrat, Gemeinderat und Verwaltung. Am Schluss werde ich noch ein paar Rückmeldungen, Einschätzungen bezüglich Gemeindeentwicklung von Allschwil in den letzten Jahren präsentieren.

Zu den Handlungsempfehlungen im Einwohnerrat. Die Aufgabe und Funktion des Einwohnerrates ist klar. Sie sind die Legislative der Gemeinde, Sie sind repräsentative Volksvertretung, Sie sind gleichzeitig auch die Aufsichtsbehörde des Gemeinderates. Wie ist die Einschätzung in Bezug auf die Situation des Einwohnerrates? Es basiert im Wesentlichen auf der Einschätzung der Interviewpartner und der Diskussionen, die danach geführt wurden. Sie haben vor kurzem eine neue Geschäftsordnung verabschiedet, die Kommissionen wurden neu festgelegt. Es ist der Eindruck da, dass der Einwohnerrat wenig Vertrauen in den Gemeinderat und die Verwaltung hat. Man hat auch den Eindruck, dass einzelne Mitglieder im Einwohnerrat ein wenig respektvolles Verhalten gegenüber dem Gemeinderat, dem Einwohnerrat und der Verwaltung zeigen. Die Kräfte im Einwohnerrat sind sehr zersplittert. Man erlebt die Arbeitsweise als wenig effizient. Es gibt Mitglieder des Einwohnerrates, die unvorbereitet an die Sitzungen kommen. Entscheide der Kommissionen werden nicht akzeptiert, das Verhalten der Fraktionen ist teilweise widersprüchlich und man hat den Eindruck, dass sich der Einwohnerrat zu oft mit Details befasst und eine Gesamtsicht vermissen lässt. Der Einwohnerrat greift teilweise in die Kompetenzen des Gemeinderates ein. Was müssten die Ziele sein in Bezug auf die weitere Entwicklung der Gemeinde? Das Ziel in Bezug auf die Entwicklung der Gemeinde müsste sein, dass der Einwohnerrat wieder Vertrauen in die Arbeit des Gemeinderates und der Verwaltung hat, sodass sich eine konstruktive und von gegenseitigem Respekt geprägte Diskussionskultur entwickelt und dass die Arbeitsweise des Einwohnerrates effizienter wird und die Kommissions- und Fraktionsarbeit gestärkt wird. Das sind Handlungsempfehlungen, die gestützt auf die Ist-Analyse abgeleitet wurden und auch im Soundingboard diskutiert wurden. Die Probleme des Einwohnerrates liegen nicht auf der organisatorischen Ebene – es braucht keine neue Organisation des Einwohnerrates -, sondern das Hauptproblem liegt in der Arbeitsweise und der Kultur des Einwohnerrates. Es sind keine organisatorischen Massnahmen notwendig. Wir haben vorgesehen und das wurde bereits in die Wege geleitet, dass Vertreterinnen und Vertreter der Fraktionen im Soundingboard sich demnächst treffen und zuhause der Fraktionen die Situation und Lösungsansätze diskutieren, damit diese Ziele erreicht werden können. Im Soundingboard wurden dazu bereits Überlegungen angestellt, zum Beispiel, dass es zu einem vermehrten Austausch kommt zwischen dem Gemeinderat und den Fraktionen. Ein anderer Vorschlag war, dass die Mindestzahl zur Bildung einer Fraktion von drei auf sechs Mitglieder erhöht werden könnte. Soviel zu den Handlungsempfehlungen zum Einwohnerrat.

Zu den Handlungsempfehlungen des Gemeinderates. Der Gemeinderat hat die Funktion der Exekutive und ist eine Kollegialbehörde. Zurzeit sind die einzelnen Gemeinderäte verantwortlich für die Führung eines Departements. Wie ist da die Ist-Situation und welche Probleme gibt es? Man hat den Eindruck, dass der Gemeinderat in den letzten Jahren vermehrt zu einem Team geworden ist, und dass er eine gute Gesprächskultur entwickelt hat. Man hat auch den Eindruck, dass der Gemeinderat zu stark operativ tätig ist und zu wenig strategisch führt, dass es keine klare Trennung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung gibt zwischen Gemeinderat und Verwaltung, und dass vor allem die Gemeinderatsmitglieder sich zuerst als Departementsvorsteher und weniger als Kollegialbehörde verstehen. Es herrscht ein Gärtli-Denken im Gemeinderat und ein Problem ist auch, dass die Rollen der Departementsvorsteher dazu führen, dass die Hauptabteilungsleiter und Hauptabteilungsleiterinnen zwei Vorgesetzte haben. Man hat auch den Eindruck, dass der Gemeinderat zeitlich überfordert ist mit der komplexen Aufgabe einer Gemeinde in dieser Grösse, dass die strategische Planung und die Auftragserteilung verbesserungswürdig sind. Ein Problem, das geschildert wurde, ist, dass die Geschäfte im Gemeinderat nicht vertraulich bleiben, sondern nach aussen getragen werden. Was sind die Ziele der Weiterentwicklung? Der Gemeinderat sollte in den nächsten Jahren zu einem strategischen Gremium werden. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung zwischen Gemeinderat und Verwaltung sollen geprüft und geklärt werden. Die Funktion der Gemeinderäte als Departementsvorsteher sollte überprüft werden. Die strategische Planung und Auftragserteilung sollen verbessert werden und es sollen Massnahmen ergriffen werden, damit Diskussionen und Entscheide im Gemeinderat vertraulich bleiben. Nur so kann eine Kollegialbehörde funktionieren. Was sind hier die Handlungsempfehlungen? Ganz wichtig scheint mir zu sein, dass die Aufgaben, Kompetenzen und die Verantwortung von Gemeinderat und Verwaltung überprüft und neu festgelegt werden, damit hier mehr Klarheit vorhanden ist, dass die Doppelrolle von Gemeinderat und Departementsvorsteher hinterfragt wird. Die Frage ist, ob man hier nicht zu einem neuen Gemeindeführungsmodell wechseln müsste ohne Departementsvorsteher, das sogenannte CEO-Modell. Es soll geprüft werden, ob es für eine Gemeinde in dieser Grösse wirklich sieben Gemeinderäte braucht oder ob reduziert werden könnte auf fünf. Es sollte ein strategisches Planungs- und Controllingsystem eingeführt werden. Es sollte auch diskutiert und geprüft werden, ob es notwendig ist, dass die Hauptabteilungsleiter weiterhin beim Entscheidungsprozess des Gemeinderates anwesend sind. Dass sie ihre Vorlagen präsentieren und für Fragen Rede und Antwort stehen, ist

---

selbstverständlich. Die Frage ist, ob nachher nicht eine klare Trennung passieren müsste, wenn die Fragen gestellt wurden, dass dann die Hauptabteilungsleiter den Saal verlassen und der Gemeinderat unter sich tagt. Es sollte ein neues Modell der Gemeindeführung geprüft werden. Ich habe hier vier Modelle aufgeführt, welche auf der Basis einer Untersuchung im Kanton Luzern entwickelt wurden. Im Kanton Luzern hat man geschaut, welche Gemeindeführungsmodelle es gibt im Kanton. Man hat vier Typen identifiziert. Ein erster Typus ist das CEO-Modell. Das heisst ein Geschäftsführer, in diesem Fall der Gemeindeverwalter, ist verantwortlich für die Führung der Gemeindeverwaltung. Er führt sie nicht nur administrativ und personell, wie jetzt, sondern auch inhaltlich. Der Gemeinderat befasst sich ausschliesslich mit strategischen Fragen. Die Pensen der Gemeinderäte liegen bei 20 bis 30 Stellenprozente, weil sie keine Departementsführung mehr haben. Es gibt ein zweites Modell, das ist das Delegierten-Modell. Die Gemeindeverwaltung wird nicht durch einen Geschäftsführer oder einen Gemeindeverwalter geführt, sondern durch einen vollamtlichen Delegierten des Gemeinderates, also durch einen Gemeinderat. Auch da liegen die Gemeinderatspensen zwischen 20 und 50 Stellenprozenten. Es gibt das Geschäftsleitungsmodell, wo die einzelnen Gemeinderäte ihre Ressorts fachlich und personell führen. Es gäbe da keinen Gemeindeverwalter mit Führungsfunktion. Und es gibt ein operatives Modell, wo die Gemeinderäte nicht nur ihre Ressorts führen, sondern auch noch administrative Aufgaben wahrnehmen. Das sind die Modelle, wie sie im Kanton Luzern identifiziert wurden. Das operative Modell ist in ganz kleinen Gemeinden üblich. Sie haben zurzeit eine Mischung zwischen dem Geschäftsleitungsmodell und dem CEO-Modell, aber kein klares Gemeindeführungsmodell. Das ist die Struktur, wie sie im Moment in Ihrer Gemeinde ist. Sie sehen, dass es zwei Führungslinien gibt. Es gibt die Führungslinie zwischen den Departementsvorsteher, den Gemeinderäten, und den Hauptabteilungsleitenden. Es gibt eine zweite Führungslinie zwischen dem Gemeindeverwalter und den Hauptabteilungsleitenden. Das ist aus meiner Sicht ein Problem, weil sie damit eine Doppelunterstellung haben. Da sind Konflikte immer vorprogrammiert. Ein Wechsel zum CEO-Modell hätte zur Folge, dass die Führungsstruktur klar ist, dass der Gemeinderat als Kollegialbehörde funktioniert und dass der Gemeindeverwalter verantwortlich für die Führung ist, nicht nur administrativ und personell, sondern auch inhaltlich. Das wäre ein mögliches neues Modell, welches die Folge wäre von dem, was ich gesagt habe. Gemeindepräsidentin ist zwar prima inter pares, aber sie hat gleichwohl die Verantwortung der Führung des Gemeinderates. Die Gemeindepräsidentin wäre die direkte Vorgesetzte des Gemeinderates. Sie wäre in diesem Modell die Delegierte des Gemeinderates, was die Führung des Gemeindeverwalters anbelangt. Der Gemeindeverwalter hätte eine vorgesetzte Person, nämlich die Gemeindepräsidentin, und der Gemeindeverwalter wäre nachher direkt verantwortlich für die Führung der Hauptabteilungsleitenden.

Ich komme zu den Handlungsempfehlungen bei der Verwaltung. Die Verwaltung ist das operative Gremium der Gemeinde, ist verantwortlich für die Ausführungen der Zielvorgaben des Gemeinderates. Sie bereitet die Geschäfte des Gemeinderates und des Einwohnerrates vor und erbringt Dienstleistungen für die Bevölkerung. Welche Probleme gibt es hier? Hier war die Einschätzung sehr unterschiedlich. Es gab Leute, die bei den Interviews gesagt haben, dass unsere Verwaltung sehr zielorientiert arbeitet und aus Fachleuten besteht. Es gab auch Leute, die gesagt haben, dass die Verwaltung viel zu wenig Power habe und nur verwaltet. Klar wurde, dass die Rolle des Gemeindeverwalters sehr schwierig ist aufgrund der Doppelunterstellung. Sie ist unklar gegenüber den Hauptabteilungsleitenden und sie ist schwierig, weil die Departementsvorsteher eine Führungsaufgabe haben gegenüber den Hauptabteilungsleitern und der Gemeindeverwalter auch. Es gibt den Eindruck, dass das Gremium der Hauptabteilungsleiter zu wenig als Team funktioniert, dass es zu viele Einzelkämpfer gibt, ein Gärtli-Denken, und dass die Zuordnung der Aufgaben zu den einzelnen Departementen nicht stimmt. Das gilt insbesondere fürs Bildungsdepartement. Dieses Departement hat eine noch schwierigere Situation, weil auch der Kanton eine wichtige Rolle spielt. Da ist die Zuordnung noch komplizierter. Man hat auch den Eindruck, dass die sogenannten Unterstützungsprozesse, Informatik, Personaladministration, Finanzadministration, zu wenig standardisiert und definiert sind. Die Unterstützung lässt da teilweise zu wünschen übrig. Man hat auch den Eindruck, dass die Qualifikation der Hauptabteilungsleitenden und der Mitarbeitenden unterschiedlich ist und dass zum Teil der Kündigungsschutz ein Hindernis darstellt bei ungenügenden Leistungen. Was sind da die Ziele? Das Ziel nach dem ganzen Prozess ist, dass die Organisation der Verwaltung überprüft ist, dass die Zuständigkeiten der Departemente klar und sinnvoll geregelt sind, dass die Rolle des Gemeindeverwalters geklärt ist und das Problem der Doppel-Unterstellung der Hauptabteilungsleitenden gelöst ist, dass das Gremium der Hauptabteilungsleitenden als Team funktioniert und die Rolle einer Geschäftsleitung wahrnimmt, dass die Unterstützungsprozesse klar definiert und standardisiert sind, dass die operativen Abteilungen besser unterstützt werden, das Problem des Kündigungsschutzes gelöst ist und dass ein Prozess- und Projektmanagement eingeführt ist. Was sind hier die Handlungsempfehlungen. Hier geht es darum, dass man eine Re-Organisation der Verwaltung macht. Es stellt sich hier die Frage, ob es wirklich sieben Hauptabteilungen braucht, oder ob fünf auch möglich wären, dass die Zuordnung der Aufgaben der Abteilungen überprüft wird, Aufgaben, Verantwortung und Kompetenzen des Gemeindeverwalters geklärt werden, das Gremium der Hauptabteilungsleitenden im Sinne der Geschäftsleitungsfunktion gestärkt wird, Zuordnung von

---

Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung geklärt sind, ein Prozess- und Projektmanagement eingeführt ist, und dass das Personal- und Besoldungsreglement im Hinblick auf den Kündigungsschutz überprüft ist. Das sind die Empfehlungen zu Einwohnerrat, Gemeinderat und Verwaltung. Das wurde auch im Soundingboard diskutiert.

Wie geht es weiter? Wir haben vorgesehen, dass die Verantwortung für die Prüfung und Umsetzung der Handlungsempfehlungen beim Gemeinderat liegt. Der Gemeinderat sollte sich nach der heutigen Sitzung mit diesen Empfehlungen auseinandersetzen und einen Bericht machen. Das Ziel ist, dass der Gemeinderat bis Ende April 2016 einen Umsetzungsplan entwickelt zu den Handlungsempfehlungen, wo er sagt, welche Empfehlungen er umsetzen möchte und welche nicht. In diesem Kontext würde er auch eine Prioritätenliste festlegen, wie die Handlungsempfehlungen konkret umgesetzt werden sollen.

Ich komme zum Schluss zu einer Einschätzung der Gemeindeentwicklung. In den Interviews ging es darum zu schauen, wie die Interviewpartner die Situation der Gemeinde einschätzten in den letzten Jahren, wie hat sich die Gemeinde entwickelt. Es wurde gesagt bezüglich Stärken und Potential von Allschwil, dass Allschwil sehr viel Potential hat aufgrund der Lage mit der Nähe zur Stadt, zum Naherholungsgebiet und zum Flughafen. Es ist ein attraktiver Wohn- und Arbeitsort, ein schöner Dorfkern, eine aufstrebende Gemeinde, die sich positiv entwickelt mit vielen qualitativ hochstehenden Firmen, Life Sciences, Nähe zu Frankreich ist ein Vorteil, die gute Erschliessung mit den öffentlichen Verkehr. Als grösste Herausforderungen wurden genannt: Allschwil hat ein Identitätsproblem. Allschwil weiss nicht, wer die Gemeinde ist, wohin sie möchte. Allschwil hat als Gemeinde keine klare Identität, ist vom Dorf zur Stadt geworden. Man hat immer noch den Eindruck, dass man ein Sundgauer Dorf sei oder jemand hat gesagt, dass ein Ditti-Stuben-Denken in Allschwil herrscht. Es fehlt eine Gesamtplanung, die Entwicklung wurde punktuell angegangen. Man hat im Bachgraben 6000 Arbeitsplätze geschaffen, was sehr positiv ist, aber man hat nicht geschaut, was das fürs Wohnen, den Verkehr und die Infrastruktur für alle Generationen heisst. Man hat den Eindruck, dass die finanzielle Situation eine grosse Herausforderung darstellt und sehr eng ist. Sobald an einem Projekt ein Preisschild hängt, wird das Projekt schubladisiert. Das Bevölkerungswachstum in den letzten Jahren hat zu mehr Kindern und mehr älteren Menschen geführt. Es gibt einen wachsenden Infrastrukturbedarf, verbunden mit einem entsprechenden Kostenwachstum. Es fehlt eine mittelfristige Planung der Infrastruktur und des Unterhalts der Gemeinde. Weitere Herausforderungen ist die ganze Siedlungsentwicklung, die teilweise dazu geführt hat, dass einzelne Quartiere zu einem Siedlungsmoloch wurden, Grünflächen gingen verloren. Eine grosse Herausforderung ist der Verkehr, der zusammenbricht. Es gibt keine Kulturpolitik. Jemand hat gesagt, dass Kultur eine Katastrophe sei in der Gemeinde. Es wird nichts investiert, was sehr wichtig wäre für die Identität und Profilierung der Gemeinde. Andere Städte in dieser Grösse haben sehr viel mehr gemacht. Genannt als Beispiele wurden Locarno, Montreux, Riehen mit dem Museum. Die Frage wurde gestellt, in welche Richtung sich Allschwil entwickeln soll, was wäre zum Beispiel, wenn in Allschwil im Jahr 2030 30'000 Menschen wohnen würden. Es wurde auch gesagt, dass es einen neuen Zonenplan braucht. Dabei dürfen aber nicht nur die Interessen der Bio-Technologie und Life Sciences berücksichtigt werden, sondern auch die Interessen des Kleingewerbes. Ich habe das bildlich versucht darzustellen. Die Frage, die sich stellt, ist, ob Allschwil weiterhin ein Dorf bleibt mit den schönen Riegelhäusern, das Sundgauer Dorf, oder ist es nicht eher die Stadt. Das wäre die Identitätsfrage. Die Frage nach den Arbeitsplätzen, Biotech versus Gewerbe. Und die ganze Frage der Kultur, ländliche Kultur oder urbane Kultur, das sind Plakate, wie sie zurzeit von den Interviews in Allschwil hingen. Und die Frage der Nähe zu Frankreich. Ist das eine Chance oder ein Hindernis für die Entwicklung der Gemeinde. Was bedeutet die Nähe zur Stadt Basel, was bedeutet die Nähe zu Frankreich, die Nähe auch zu Deutschland. Die Schlussfolgerung ist, dass es gut ist, wenn sich die Gemeinde mit dieser Frage, in welche Richtung soll sich die Gemeinde entwickeln, was sind die Zielvorstellungen für die nächsten 15 Jahre, auseinandersetzt, ein Konzept entwickelt, einen Leitbildprozess startet. Das schlagen wir auch vor für die nächste Phase in Bezug auf die Gemeindeentwicklung, dass wir einen Leitbildprozess starten. Das ist kein Thema, das wir heute angehen, sondern das ist dann Gegenstand der Diskussion an der Sitzung vom 24. Februar. Heute präsentieren wir Ihnen zur Frage der Gemeindeentwicklung, das macht nachher Ivo Willimann, die Ergebnisse einer Situationsanalyse, die Basis bilden für die Entwicklung eines Leitbilds und Konzepts für die Gemeindeentwicklung. Das wollte ich Ihnen präsentieren. Ich danke Ihnen sehr herzlich für Ihre Aufmerksamkeit und stehe gerne zur Verfügung für Fragen.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Es gibt keine Fragen.

**Ivo Willimann**, HSLU: Ich begrüsse Sie auch von meiner Seite. Ich werde Ihnen die Situationsanalyse vorstellen, die wir gemacht haben. Wie Jürg Krummenacher dies gesagt hat, ist dies im Hinblick auf den Leitbildprozess. Die Situationsanalyse, ein paar Vorbemerkungen. Es ist eine Aussensicht. Ich selber kenne die Gemeinde weniger als Jürg Krummenacher. Ich war weniger da und es ist eine Aussensicht,

---

die vor allem aufgrund statistischer Daten basiert und aufgrund von gewissen Berichten, die ich angeschaut habe über Allschwil. Ich habe aufgrund der statistischen Daten einen Eindruck erhalten. Es war mir nicht unbedingt ein Anliegen, sehr viele Schlussfolgerungen zu ziehen, sondern mehr Fragen aufzuwerfen über die statistischen Daten. In einem nächsten Schritt, wenn man in Richtung Leitbildentwicklung gehen würde, dann müsste man dies vertieft diskutieren. Damit wir die statistischen Daten einigermaßen gut anschauen und lesen können, braucht es Vergleichsgemeinden, erst dann kann man die Gemeinde Allschwil einschätzen. Vergleichsgemeinden sind hier aufgeführt, es sind ähnlich grosse Baselbieter Gemeinden wie Reinach, Muttenz, Binningen, Pratteln, die Stadt Basel als regionales Zentrum und die baselstädtische Gemeinde Riehen, die ähnlich gross ist wie Allschwil. Allschwil vergleicht sich scheinbar oft mit Riehen. Das sind die Vergleichsgemeinden, wo ich die Daten mit Allschwil gegenübergestellt habe. In einer Situationsanalyse, im Hinblick auf einen Leitbildprozess, versucht man möglichst alle wesentlichen Bereiche und Aufgaben abzubilden. Ich habe es hier unten in der Darstellung aufgeführt, es fängt bei Bedeutung und Lage an und hört bei Finanzen auf. Wir hatten nicht zu allen Bereichen die gleiche statistische Versorgung mit Daten. Darum ist es sehr unterschiedlich bei den einzelnen Bereichen. Ich gehe Bereich für Bereich durch. Zu Beginn mache ich jeweils ein paar Kernaussagen. Dort, wo es Daten gibt, werde ich dazu ein paar Daten präsentieren. Zuerst Bedeutung und Lage. Das ist eine übergeordnete Ebene innerhalb der Situationsanalyse, was ist der Charakter einer Gemeinde. Allschwil hat vom Siedlungsbild her unterschiedliche Ortsteil-Charaktere. Darauf geht zum Beispiel Ihr Freiraumkonzept ein. Dort spricht man von vier Ortsteilen. Es gibt den alten Ortsteil, Neu-Allschwil, Quartier Ziegelei und Bachgraben. Es ist kein einheitliches Gebiet. Was auch charakteristisch ist, Allschwil hat für sich kein eigenes Siedlungsgebiet. Es ist zusammengewachsen mit der Agglomeration Basel. Wenn man von Basel her kommt, dann ist die Gemeindegrenze nicht offensichtlich, was speziell ist. Viel, was ich sage, ist für Sie Alltag, aber für mich ist es wichtig, dass man sich das Alltägliche bewusst macht. Sie sind ausgerichtet auf das Zentrum Basel, die Strahlkraft des Zentrums Basel ist relativ stark. Das ist für die Ausgangslage speziell, weil es ein anderer Kanton ist. Man hat die Kantongrenze zum Zentrum. Das ist für die Entwicklung keine förderliche Grenze. Das sieht man auch in Agglomerationsgebieten mit Gemeindegrenzen. Man kann das Siedlungsgebiet nicht aus einem Guss heraus planen. Wenn es eine Kantongrenze ist, dann ist das noch verstärkt, weil es unterschiedliche rechtliche Situationen sind. Offensichtlich wäre eine intensivere Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden, besonders mit den grösseren Gemeinden Binningen und Oberwil. Wenn man schaut, mit wem Sie zusammenarbeiten, dann ist die Zusammenarbeit in Richtung Osten aber relativ gering.

Zur Siedlungsentwicklung. Allschwil hat gewisse Baulandreserven, das ist heutzutage nicht selbstverständlich. Gerade im Hinblick auf das neue Raumplanungsgesetz ist es gut, wenn man Baulandreserven hat. Aus Sicht einer Gemeinde ist es positiv, dass diese teilweise im Besitz der Gemeinde ist. Das ergibt einen gewissen Gestaltungsspielraum für die Gemeinde. Das Freiraumkonzept ist als Basis für die Weiterentwicklung sehr positiv.

Zur Bevölkerung. Allschwil hatte über Jahrzehnte eine Stagnation bezüglich der Bevölkerungszahlen. Das hat sich geändert seit 2005. Seit 2005 gab es ein Wachstum bis 2014 von rund 12%. In diesem Zeitraum hat der Anteil der Kinder zugenommen. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass die Schülerzahlen relativ stark zunehmen werden. Das kann ich mit statistischen Zahlen zeigen. Wir haben die Bevölkerungsentwicklung. Allschwil ist die dickere blaue Linie. Die anderen Gemeinden sind die dünneren Linien. Die Vergleichsgemeinden sind relativ konstant geblieben. Es ist auffällig, dass Allschwil ein Bevölkerungswachstum hatte seit 2005. In der unteren Darstellung ist der Vergleich mit der Stadt Basel. Bei der Stadt Basel war es sehr rückläufig im letzten Jahrzehnt, auch hier ist die Zunahme in Allschwil auffällig. Ich habe probiert herauszufinden, an was es liegt. Die Bevölkerungsentwicklung wird beeinflusst durch die Geburtenzahl und die Todeszahl einerseits, und andererseits durch die Zuwanderung und Abwanderung. Auf beiden Ebenen sehen wir Entwicklung. Beim Vergleich Geburtenzahl Todesfälle sieht man, dass ab 2009 die Geburtenzahl höher ist als die Todesfälle. Vorher war es mehrheitlich andersrum. In den letzten Jahren gibt es einen Geburtenüberhang. Noch eindrücklicher ist die Zuwanderung. Um die Jahrtausendwende herum gab es in Allschwil vor allem Abwanderung in allen Alterskategorien. Ab 2002 sind die 15- bis 30-Jährigen zugewandert, und nachher immer mehr bei den 30- bis 49-Jährigen. Das zieht sich jetzt so durch, im Alter von 15 bis 50 gibt es eine Zuwanderung. Im älteren Bevölkerungssegment gibt es tendenziell eine Abwanderung. Ich habe hier verschiedene Abbildungen bezüglich der Altersstruktur. Bei der Altersstruktur 2014 ist besonders auffällig der Anteil und die Anzahl der Kinder. Die 0 bis 4-Jährigen haben relativ markant zugenommen. Im Jahr 2000 gibt es etwas unter 800. Im Jahr 2014 sind es rund 1100, also mehr als 300 zusätzliche Kinder in diesem Alter. Man sieht auch auf der anderen Seite der Alterspyramide bei den älteren Leuten, dass wir dort tendenziell eine Abwanderung haben, aber die Anzahl der über 85-Jährigen hat sich seit 2000 rund verdoppelt. Das ergibt Hinweise, dass es künftig vermehrt einen Bedarf an Dienstleistungen für ältere Menschen gibt. Ich komme zum Abschluss von diesem Bevölkerungsteil zu einem sozioökonomischen Vergleich, das sind Daten der eidgenössischen Steuerverwaltung, auch im Vergleich der anderen Gemeinden. Die Einstufung nach dem steuerbaren Einkommen. Allschwil liegt hier im Mittelfeld, wenn

---

man diese Gemeinden bezieht. Wir haben mit Binningen und Riehen zwei Gemeinden, die einkommensstärker sind, Einkommensklasse von über CHF 75'000 steuerbarem Einkommen ist relativ hoch. Bei den Gemeinden Pratteln und Basel haben wir einen relativ hohen Anteil Einkommen unter CHF 50'000. Allschwil, Reinach und Muttenz sind im Mittelfeld. Das ist eine Positionierung aufgrund der Finanzkraft der Bevölkerung.

Zum Thema Wohnen. Allschwil hat, wenn man das vergleicht mit anderen Gemeinden, einen tieferen Anteil von Einfamilienhäusern, Ausnahme ist die Stadt Basel. Wenn man schaut, wie in letzter Zeit gebaut wurde, dann wurden vor allem grosse Wohnungen gebaut. Das kann man beides anhand von statistischen Daten zeigen. Hier nach Gebäudekategorie, Allschwil hat einen Einfamilienhausanteil von 19%, eine ähnliche Grössenordnung wie Binningen und Pratteln. Reinach und Muttenz sind deutlich höher. Die statistischen Zahlen sind im Vergleich oftmals ähnlich wie in Reinach und Muttenz. In dieser Kategorie gibt es einen Unterschied. Sie sind hier urbaner unterwegs als Reinach und Muttenz. Bautätigkeit. Das ist ein interessanter Bereich, aber nicht unerwartet, man hat dies schon bei der Bevölkerungszahl gesehen. Sie haben seit 2005 ein relativ starkes Bevölkerungswachstum. Das korrespondiert mit der Wohnbautätigkeit. In der Periode von 2006 bis 2013 nimmt die Wohnungsbautätigkeit um rund 10% zu, das ist deutlich mehr als in anderen Gemeinden. Es sind über tausend Wohnungen, die gebaut wurden in Allschwil in diesen acht Jahren. Wie wurde gebaut in Bezug auf die Wohnungsgrösse? Rund zwei Drittel aller neu gebauten Wohnungen 2001 bis 2013 haben eine Wohnfläche von über 100 Quadratmetern. Das ist deutlich mehr als der Schnitt der Gesamt-Gemeinde. Wenn man die Wohnungen anschaut im Jahr 2013, dann liegen in Allschwil rund ein Drittel in dieser Grössenklasse. Wenn man die anderen Gemeinden anschaut, dann gibt es einen grösseren Anteil an grossen Wohnungen, dort liegt es über 18%, Wohnungen mit über 100 Quadratmetern Wohnfläche. In Allschwil hat man über die Bautätigkeit den Anteil der grösseren Wohnungen erhöht. Ich würde dies jetzt nicht werten als gut oder schlecht, das müsste man genauer anschauen, was das für Auswirkungen auf die Gemeinde Allschwil hat.

Zum Arbeiten. Seit 2005 haben die Arbeitsplätze im Dienstleistungssektor stark zugenommen. Auffällig für Allschwil ist, dass ein grosser Teil der in Allschwil beschäftigten Personen in vier Unternehmungen arbeiten. Bezüglich Arbeitsplätze gibt es eine gewisse Abhängigkeit von wenigen Grossunternehmen in Allschwil. Diese Abhängigkeit ist insofern zu relativieren, als dass Arbeitsplätze etwas Regionales sind. Man arbeitet nicht zwingend in der Wohngemeinde. Man arbeitet innerhalb einer Region. Mit Basel haben Sie einen gewichtigen Arbeitsplatzstandort in unmittelbarer Nähe. So gesehen würde ich nicht von einem Klumpenrisiko reden, zumal nicht auf der Beschäftigten Seite, dass Arbeitsplätze in einem gewichtigen Ausmass verloren gehen könnten. Das ist die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen nach Sektoren. Im Dienstleistungssektor haben wir eine massive Zunahme seit 2005. Im Sekundär-Sektor, im industriellen Sektor, geht es tendenziell leicht zurück. Hier habe ich verschiedene Kennzahlen für die Einschätzung bezüglich Arbeitsplatzstandorts. Eine interessante Zahl ist die Tabelle 2 im Bericht, die Darstellung links oben, das ist die Arbeitsplatzdichte. Die Arbeitsplatzdichte ist die Arbeitsplatzzahl pro 1000 Einwohner. Das sind in Allschwil 502. Das ist ziemlich genau der Durchschnittswert der Gesamtschweiz. Das ist wenig auffällig. Die anderen Gemeinden, die ähnlich sind wie Allschwil, Reinach und Muttenz, haben mehr Arbeitsplätze, und Basel als gewichtiger Arbeitsplatzstandort deutlich mehr. Riehen beispielsweise, mit denen Sie sich oft vergleichen, ist eine ausgeprägte Wohngemeinde mit 228 Arbeitsplätzen pro tausend Einwohner. Industrie- und Gewerbeareal ist oben rechts. Das ist einigermaßen konstant geblieben. Die Flächenzahl in Bezug auf die Gesamtsiedlungsfläche liegt bei rund 10%. Die Darstellung unten sind die Steuererträge der juristischen Personen, der Anteil am Gesamtsteuererträge liegt lange Zeit in den 90er-Jahren bei 10%, Mitte der 2000-er Jahre gibt einen Sprung hoch, da geht der Anteil der Steuererträge der juristischen Personen am Gesamtsteuerertrag auf 20% hoch.

Ich komme zur Bildung. Für die nächsten Jahre kann man davon ausgehen, dass insbesondere auf der Primarschulstufe die Schülerzahlen relativ stark zunehmen werden. Ab 2016 haben Sie dafür ein neues Schulhaus zur Verfügung. Die Schulhäuser Gartenstrasse und Bettenacker gehen zu, und Sie haben das Schulhaus Gartenhof neu zur Verfügung. Ich habe hier nur mit eigenen Zahlen abgeschätzt, wie sich das Ganze entwickeln wird. Ich nehme an, dass Sie bei der Schulraumplanung neuere Zahlen zur Verfügung hatten. Ich habe dies nur über die Geburtenzahlen versucht abzuschätzen, wie es sich entwickelt bis zum Schuljahr 2019/2020. Es gäbe etwa 180 zusätzliche Primarschüler. Bei den Kindergärten bleibt es ähnlich gross wie jetzt. Dort ist die Veränderung deutlich kleiner zu erwarten.

Freizeit, Erholung und Kultur. In Allschwil hat man gewisse besondere Freizeit-Infrastrukturen wie ein Hallenbad, ein Freizeithaus für Familien, Kinder und Jugendliche. Es gibt in Allschwil ein Kulturleitbild, das ist nicht mehr sehr aktuell, es ist aus dem Jahr 2001. Ich habe keine Informationen zur Umsetzung des Kulturleitbilds. Der Eindruck ist aufgrund der Interviews und aufgrund von dem, was ich Internet gefunden habe an kulturellen Aktivitäten in Allschwil. Es scheint relativ wenig auffällig zu sein. Das ist etwas, was man genauer anschauen müsste, wie es tatsächlich ist.

Mobilität. Es gibt ein Elba-Projekt, wo man versucht eine integrale Sichtweise über Siedlung, Verkehr und Landschaft zu erhalten, um insbesondere die ganze Verkehrssituation anzuschauen. Sie sind sich dessen bestens bewusst, man hat im Ortskern eine relativ starke Verkehrsbelastung. Aufgrund der

---

Verkehrszählungen würde ich selber eher davon ausgehen, dass viel von dem Verkehr hausgemacht ist, dass es Binnenverkehr ist, oder Ziel/Quell-Verkehr von oder nach Allschwil. Diese Aussage beziehe ich auf die Zählung aus dem Jahr 2010. Wir haben den Zugangsverkehr von Westen nach Allschwil mit etwa 10'000 Fahrten, von Allschwil weg gehen rund 30'000 Fahrten. Nach Osten und nach Süden gehen rund 30'000. Es ist kein typisches Durchgangsverkehrsdorf. Allschwil hat eine rechte Grösse und erzeugt aus sich selber heraus relativ viel Verkehr, und dann sind da noch die ganzen Arbeitsplätze.

Bereich Umwelt. Der Fluglärm ist eine Belastung für Allschwil. Auf der positiven Seite kann man im Bereich Umwelt festhalten, dass es drei Naturschutzgebiete gibt, die auch zu Naherholungszwecken genutzt werden können.

Gesundheit und Soziales. Die sozialen Wohlfahrtskosten haben in den letzten Jahren zugenommen. Positiv für Allschwil ist, dass man ein professionelles Angebot hat seitens des Sozialdienstes. Das ist ein umfangreiches Angebot, welches mittel- bis langfristig dazu führen kann, dass man die Leute relativ frühzeitig gut versorgen kann und die Kosten so in Grenzen halten kann. Auf der Konzeptebene gibt es in Allschwil ein Alterskonzept.

Auf dieser Abbildung sind die Netto-Aufwände nach Aufgabenbereichen aufgelistet. Der wichtigste Aufwandsbereich ist die Bildung, das ist die oberste rote Kurve. Die grüne Kurve ist die soziale Wohlfahrt. Hier sieht man, dass seit 2010 der Aufwand im Bereich soziale Wohlfahrt auf eine ähnliche Grössenordnung gestiegen ist wie der Bildungsbereich. Diese Entwicklung sieht man auch in anderen Gemeinden. Hier haben wir die Baselbieter Gemeinden, es gibt die gleiche Entwicklung. Es steigt seit 2010 an, einfach nicht ganz so stark wie in Allschwil.

Zu Behörden und Verwaltung möchte ich nicht viel sagen, da hat Jürg Krummenacher bereits viel gesagt. Wir haben, das hat mit der Grösse der Gemeinde Allschwil zu tun, eine ausdifferenzierte spezialisierte Verwaltung. Das kann man an den Verwaltungspensen sehen. Man hat für den Zeitraum 2009 bis 2014 eine strategische Entwicklungsmassnahmenplanung. Wenn man ein Leitbild macht, dann kann dies mittels Information zugezogen werden, was hier gemacht wurde. Im Bereich Behörden und Verwaltung gibt es einen gewissen Optimierungsbedarf bei der Verwaltungs-Infrastruktur. Das bezieht sich auf das Hauptgebäude. Dazu gab es einmal ein entsprechendes Projekt.

Finanzen. Wir haben im regionalen Vergleich in Allschwil einen eher hohen Steuerfuss. Bruttoertrag, Bruttoaufwand pro Einwohner ist vergleichsweise tief, das kann ich grad zeigen. Und wir haben aufgrund des Neubaus Schulhaus eine hohe Investitionstätigkeit, die zu einer Verschuldung führen wird in den nächsten Jahren. Das ist der regionale Vergleich des Steuerfusses. In Allschwil haben wir 58%, ringsum in Richtung Südosten liegt er bei 48%. Das ist das mit dem Bruttoertrag und Bruttoaufwand. Wenn man das pro Einwohner anschaut im letzten Jahrzehnt, dann sind wir im Vergleich zu den anderen Gemeinden am unteren Rand auf beiden Ebenen. Wenn man die Zusammensetzung anschaut der Erträge, zuerst Gesamtertrag, dann haben wir einen Sprung hier von 2007 auf 2008. Der ist unter anderem auf die Mehrerträge der juristischen Personen zurückzuführen. Der Steuerertrag hat zugenommen, jetzt schwankt es auf einem höheren Niveau zwischen CHF 80'000'000 und CHF 90'000'000. Wenn man diese Erträge anschaut in den einzelnen Bereichen und dies in Vergleich setzt mit den anderen Gemeinden und die Steuereinnahmen pro Einwohner anschaut, juristische und natürliche Personen, dann sind wir in einem ähnlichen Bereich wie Reinach und Muttenz. Binningen ist mehr ein Wohnstandort, dort gibt es bei den natürlichen Personen deutlich mehr Einnahmen und bei den juristischen deutlich weniger, in Pratteln ist es genau umgekehrt. Für mich interessant, aber ich kann es nicht erklären, ist, wenn man die anderen Einkommensbereiche anschaut und weitere Erträge, dann haben wir in Allschwil tiefere Einnahmen pro Einwohner wie das die Vergleichsgemeinden haben. Und hier noch eine Übersicht über die Netto-Investitionen. Das habe ich vorhin erwähnt, ab 2014 bis 2016 haben wir hohe Investitionen wegen dem Schulhaus. Im 2015 sind diese deutlich höher. Das führt zu einer vermehrten Verschuldung. Das sind die Übersichten über diese statistischen Zahlen. Gibt es dazu Fragen?

**Bruno Gadola**, SP-Fraktion: Allschwil hat 5000 Ausländerinnen und Ausländer, das sind 25%. Das ist kein Thema in dieser Situationsanalyse und ich frage mich weshalb.

**Ivo Willmann**, HSLU: Im Bericht ist es drin, hier ist es eine Auswahl an Informationen. Es ist in der Präsentation nicht drin, weil die 25%, wenn ich mich richtig erinnern kann, nicht sehr auffällig im Vergleich mit den anderen Gemeinden sind. Da gibt es keine grossen Unterschiede. 25% ist nicht weit weg vom landesweiten Durchschnitt.

**Patrick Lautenschlager**, SP-Fraktion: Sie haben Wohnflächengrössen aufgezeigt, aber mir fehlt ein Vergleich zu den Mietzinsen.

**Ivo Willimann**, HSLU: Zu Mietzinsen gibt es keine öffentlich zugänglichen Zahlen, zumal keine verlässlichen. Wenn man eine Mietzinsanalysen machen möchte, dann müsste man mit entsprechend spezialisierten Unternehmungen zusammenarbeiten, die diese Zahlen zur Verfügung haben. Das ist das Problem der öffentlichen Statistik. Seit dem Jahr 2000 gibt es beispielsweise auch keine Zahlen mehr zu Pendlern. Das vermisse ich sehr, man kann keine Pendlerströme mehr analysieren. Es gibt gewisse Informationen, die nicht mehr zugänglich sind.

**Jacqueline Misslin**, GLP/BDP-Fraktion: Ich habe eine kleine Frage über den Anteil der kleinen Kinder. Sie schreiben, dass es im 2011 deutlich über 200 waren. Hinten im Bericht auf Seite 20 machen Sie eine Schülerprognose. Dort finde ich es schade, dass diese Prognose nicht ab 2011 geführt ist. Wir sehen es erst ab 2015. Mich würde interessieren, was vorher war. Das gibt mir eine gewisse Übersicht. So habe ich fast zu wenig Informationen.

**Ivo Willimann**, HSLU: Das kann man so ergänzen, wie die Entwicklung in der Vergangenheit war aufgrund der realen Zahlen. Das nehme ich so auf.

**Jacqueline Misslin**, GLP/BDP-Fraktion: Ich habe die Parzellen schnell zusammengerechnet, die der Gemeinde gehören. Es sind 2,85 Hektaren, das sind die drei grossen Areale. Dort interessiert mich, ob es noch kleinere Parzellen gibt, die jetzt nicht grad erwähnt wurden, die der Gemeinde gehören.

**Ivo Willimann**, HSLU: Dazu kann ich nichts sagen, ich kenne diese Parzellen nicht.

**Jacqueline Misslin**, GLP/BDP-Fraktion: Das muss nicht heute beantwortet sein, das könnte im Februar ergänzt werden.

**Ivo Willimann**, HSLU: Das wird aufgenommen.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Auf der Folie 8 haben Sie uns aufgezeigt, dass wir eine Zuwanderung haben bei jungen Erwachsenen und Erwachsenen im mittleren Alter, hingegen im Segment 50 bis 80 hatten wir in den letzten Jahren eine Abwanderung. Haben Sie Erkenntnisse, was die Gründe dafür sind?

**Ivo Willimann**, HSLU: Bis jetzt habe ich nur die statistischen Zahlen. Warum es so ist, kann ich nicht sagen. Wir wissen mehr, wenn wir den Leitbildprozess weitermachen. Das ist eine Frage, die hier aufgeworfen wird: Mit was könnte das zusammenhängen? Nein, ich kenne keine Gründe, weshalb dies so ist. Es gibt Gemeinden, wo es typisch ist, dass man Abwanderung hat im höheren Alter. Das sind Gemeinden, die eine relativ schlechte Versorgung haben beim täglichen Güterbedarf. Im Alter sollten möglichst viele Sachen in der Nähe sein. Aber das kann in Allschwil nicht der Fall sein. Allschwil hat eine gute Versorgung. Aber vielleicht haben Sie eine Vermutung?

**Roland Naef**, LDP, fraktionslos: Es ist möglich, dass für diese Altersgruppe in Allschwil kein richtiger Wohnraum zur Verfügung steht. Je nachdem, wie alt man wird, und die Stadt wächst, will man noch näher ans Zentrum. Bei den ganz Älteren haben wir zwar ein gutes Altersheim und eine Altersversorgung, aber Wohnraum für Leute, die im Alter besser wohnen möchten als im normalen Altersheim, ich denke an Altersresidenzen, haben wir nicht. Diese werden in Basel, wo sie vorhanden sind, entsprechend gefüllt. Es gibt viele Leute, die von der Landschaft kommen und in diese Strukturen gehen.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich bedanke mich sehr herzlich, dass Sie nach Allschwil gekommen sind und uns das Projekt vorgestellt haben. Ich wünsche euch eine gute Heimfahrt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 2**

Wahl eines Mitgliedes in die Finanz- und Rechnungsprüfungskommission, anstelle der zurückgetretenen Barbara Selinger (EVP/Grüne-Fraktion), für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)  
Wahlvorschlag: Tobias Schläpfer, Geschäft 4261

---

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

**://:**

Tobias Schläpfer ist somit gewählt.

Ich gratuliere ihm sehr herzlich und wünsche viel Vergnügen in der Fireko.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 3**

Wahl eines Mitgliedes in die Kommission für Gemeindeordnung und –reglemente, anstelle der zurückgetretenen Barbara Selinger (EVP/Grüne-Fraktion), für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)  
Wahlvorschlag: Tobias Schläpfer, Geschäft 4262

---

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Gibt es weitere Wahlvorschläge? Das ist nicht der Fall. Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

**://:**

Tobias Schläpfer ist somit gewählt.

Ich gratuliere ihm.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 4**

Wahl eines Ersatz-Mitgliedes in die Umweltkommission, anstelle der zurückgetretenen Barbara Selinger (EVP/Grüne-Fraktion), für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 30.06.2016)  
Wahlvorschlag: Tobias Schläpfer, Geschäft 4263

---

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Gibt es weitere Nominationen? Das ist nicht der Fall.

**://:**

Tobias Schläpfer ist somit in stiller Wahl gewählt.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 5**

Wahl eines Mitgliedes in die Spezialkommission „Generelle Leistungsüberprüfung“ anstelle der zurückgetretenen Barbara Selinger (EVP/Grüne-Fraktion)  
Wahlvorschlag: Tobias Schläpfer, Geschäft 4268

---

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ist die stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

**://:**

Tobias Schläpfer ist somit gewählt.

Ich gratuliere Ihnen und wünsche in den vielen Ämtern viel Vergnügen und gutes Gelingen.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Traktandum 6 könnte eine grössere Diskussion geben. Ich möchte beliebt machen, jetzt die Fragestunde zu machen und dann sind wir nach der Pause frei für die Traktandenliste, so lange, wie Ihr mögt.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich bin sehr positiv eingestellt, dass es kein so langes Geschäft wird. Wir haben es auch diskutiert. Nachher haben wir noch Fragestunde und Info-Fenster. Wir machen das Geschäft jetzt. Danke trotzdem Herr Winter.

01.030 Einwohnerrat

**Traktandum 6**

Bericht des Gemeinderats vom 21.10.2015, zum Postulat von Jacqueline Misslin, Jérôme Mollat und Nedim Ulusoy, GLP/BDP-Fraktion, vom 10.09.2013, betreffend Anpassung der Richtlinien des Einwohnerrats über die Plakatierung vom 26. Februar 2003, 1. Lesung  
Geschäftsvertretung: GR Thomas Pfaff, Geschäft 4153 / A

---

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Das ist eigentlich eine Fortsetzung des Geschäfts, welches wir aus zeitlichen Gründen am 11. November beenden mussten. Wir müssten eigentlich keine grossen Diskussionen mehr führen. Ich hoffe, dass sich Gemeinderat Thomas Pfaff auch kurz hält.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Es ist mir ein Anliegen, mich kurz zu fassen. Meine Ausführungen habe ich bereits im ersten Teil der Lesung gemacht. Ich möchte an einen Punkt erinnern. Über genau diese eine Seite, sie liegt jetzt auf, werden Sie befinden. Das ist der Antrag 2. Das Reklamereglement wird gemäss Entwurf Synopsis geändert. Das ist diese eine Seite. Die weiteren Seiten hintendran sind die Verordnung und da hat die Anhörung unter den Parteien und Fraktionen bereits stattgefunden. Sie erinnern sich, Sie wurden zu einer Vernehmlassung eingeladen. Sie haben sich ausführlich dazu geäussert, dafür nochmals herzlichen Dank. Das Ergebnis aus dieser Anhörung ist bereits die Fassung, die Ihnen vorliegt. In diesem Reglement, es ist hellgrau angestrichen, sind die wesentlichen Positionen Absatz 2, Absatz 3 und Absatz 5. Dort sind Änderungen drin. Und es ist gemäss Ihrem Wunsch restriktiver bezüglich Plakatstandorte, an keinen Geländern und an keinen Kandelabern, sondern nur noch an den vorgesehenen Orten. Bei Abstimmungen und Wahlen zudem nur noch eine Plakatierung am privaten Gartenhag sowie an den offiziellen Anschlagsstellen, die die Gemeinde zur Verfügung stellt. Diese Restriktion ist die Umsetzung von Ihrem Wunsch, den Sie an uns herangetragen haben. Die letzte Sitzung wurde abgebrochen in der Erwartung, dass es viele Anträge geben wird. Ich bin jetzt gespannt, welche es sein werden.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zur Beratung von Paragraph 8 des Reglements. Es gibt keine Detailberatung, es ändert sich nur Paragraph 8. Neu Paragraph 8, temporäre Reklamen. Ich habe zu diesem Paragraphen oder besser gesagt zu Absatz 4 einen Änderungsantrag der FDP. Ich lese

---

ihn vor und nachher lege ich ihn auf: Geschäft 4268, Richtlinien Plakatierung, Antrag Paragraph 8, temporäre Reklamen. Wir beantragen die Streichung des letzten Abschnitts im Absatz 3. Ausserhalb des Perimeters Zonenplansiedlung. Die Begründung lese ich auch vor: Parteien verfügen über Ständer, um zu plakatieren. Die Organisatoren von Anlässen der Vereine und anderen Institutionen haben keine Plakatständer. Für diese käme es zu einem generellen Plakatierverbot. Zudem wird ausserhalb des Siedlungsgebietes nicht übertrieben mit den Plakaten und es benötigt das Einverständnis des Grundeigentümers.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Es ist so, wie Thomas Pfaff dies eingangs gesagt hat, es haben ausführliche Besprechungen stattgefunden. Die FDP hat immer die Meinung vertreten, dass wir weniger reglementieren möchten. Wir haben uns grossmehrheitlich dem nun angeschlossen bis auf diesen letzten Punkt, den wir draussen haben möchten. Es ist ein Widerspruch innerhalb des Paragraph 8 selber zu dem, was oben steht. Wir möchten diesen Abschnitt streichen.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Ich habe diesen Antrag erst vorher erhalten, das ist schade. Ich kann ihn voll und ganz unterstützen. Bei der Begründung stimmt es nicht ganz so. Bei der IG Allschwil-Schönenbuch sind 75 Vereine dabei. Diese verfügen über Plakatständer. Im Dorf hängt grad so eines, am Lindenplatz hat es auch welche. Auf der Oberwilerstrasse hat es in der landwirtschaftlichen Zone auch eine Plakatfläche. Das würde sich jetzt beissen, diese müsste wegfallen, wenn das angenommen wird. Was ist der Sinn der ganzen Reglementierung? Der Sinn der Postulanten war, dass man die Abstimmungsplakate und Wahlplakate reduzieren kann, denn das nervt wirklich. Aber hier sind ja nicht diese betroffen, sondern es geht um die temporäre Reklame, wo die anderen Vereine betroffen sind. Für die Wahlen und Abstimmungen steht in Absatz 2, dass es nur noch an den offiziellen Orten gestattet ist. Jetzt ist die Frage, ob wir generell sagen möchten, dass in dieser Zone nichts mehr erlaubt ist oder wollen wir es für die nichtpolitischen Vereine oder für politische Veranstaltungen, aber keine Abstimmungen oder Wahlen, zulassen oder nicht. Das ist eine Überreglementierung von uns. Das Ziel war, die Abstimmungs- und Wahlplakate zu reduzieren. Hier greifen wir nun aber andere an und wir müssen uns fragen, was wir machen möchten.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Nein, der fällt nicht weg, denn das ist ein offizieller Ständer der IG, das haben wir so besprochen. Auch der Zirkus darf weiterhin seine Reklame aufhängen. Es dürfen alle weiterhin dies machen, was sie bis jetzt gemacht haben, einfach nicht wild, sondern an den vorgesehenen Standorten. Es wird niemand beschnitten, das haben wir am runden Tisch klar deklariert.

**Etienne Winter**, SP-Fraktion: Hier steht: Temporäre Reklamen sind generell verboten“.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Generell verboten wild zu plakatieren, aber an den vorgesehenen Ständern darf man. Die IG, die erwähnt wurde, hat Ständer, die offiziell bewilligt sind. Die Gemeinde gibt für die Abstimmungen offiziell die Ständer heraus und der Zirkus, wenn er sich an die Vorlagen der Gemeinde hält, darf dort, wo die Gemeinde es bewilligt, aushängen. Das haben wir so am runden Tisch besprochen. Es wird niemand beschnitten. Es gibt auch noch die Litfasssäulen für die Vereine, die sind weiterhin dort. Ich sehe das Problem nicht in diesem Paragraphen.

**Matthias Häuptli**, GLP/BDP-Fraktion: So wie ich den Antrag der FDP verstehe, wird Absatz 3 modifiziert. Das Verbot des Plakatierens ausserhalb des Perimeters Zonenplan Siedlung soll wegfallen. Wenn der Antrag gutgeheissen wird, dann dürfen alle Arten von temporären Reklamen auf privatem Grund ausserhalb des Siedlungsgebiets erfolgen. Ich kann das nachvollziehen, dass man dies gerne hätte in Bezug auf Veranstaltungen wie Fasnacht und andere Vereinsveranstaltungen. Hingegen finde ich es eine Ungleichbehandlung in Bezug auf Wahlplakate. Wer sind die Grundeigentümer ausserhalb des Zonenplans Siedlung? Die meisten, die hier drin sitzen, können keine Grundstücke erwerben ausserhalb des Siedlungsgebiets. Das ist nach dem Bundesgesetz den vorbehalten, die einen Bauernbetrieb haben. Darum geht das nicht, dass man dort das Plakatieren freigibt und damit einer bestimmten Bevölkerungsgruppe einen Vorteil verschafft bei den Wahlen. Wenn es so abgeändert würde, dass dort die anderen temporären Reklamen zulässig sind, dann wäre das ein sinnvoller Antrag.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Wenn Sie diesem Antrag im vorliegenden Wortlaut zustimmen, dann verlagern Sie die Wahlplakatschlacht vom Siedlungsgebiet ins Gebiet davor. Viel Vergnügen entlang der Oberwilerstrasse, dort werden Sie dann ein Wahl- und Abstimmungsplakat nach dem anderen antreffen, wie man dies kennt entlang der Rheinstrasse bei Liestal, oder die Verbindungsstrasse zwischen Bottmingen und Münchenstein. Ich habe Verständnis dafür, dass man für eine Veranstaltung werben möchte. Es wäre praktisch, wenn man kurz vor dem Dorfeingang etwas machen könnte. Wenn das Ihr Anliegen wäre, dann dürfen Sie nicht nur den einen Passus im Absatz 3 streichen, sondern dann müssen Sie Absatz 2 ergänzen und sagen, dass Wahl- und Abstimmungsplakate auf privaten Arealen innerhalb des Perimeters Zonenplan sowie auf die offiziellen Anschlagsstellen der Gemeinde beschränkt sind. Sie definieren, dass man am privaten Gartentor weiterhin sein eigenes Wahlplakat oder das der Partei, die ich unterstütze, anbringen darf. Aber Sie möchten, dass es auf der Strasse nach Schönenbuch oder Oberwil nicht alle 50 Meter ein Wahl- oder Abstimmungsplakat gibt. Wenn Sie die von mir vorgeschlagene Änderung auch noch einbringen in den Antrag, dann ist es für Veranstaltungen möglich Werbung zu machen, zum Beispiel an der Oberwilerstrasse. Wenn Sie dem Antrag so unverändert zustimmen, dann verlagern wir die Wahl- und Abstimmungsplakate vors Dorf und haben dann dort die grosse Schlacht.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Eine Frage hat Matthias bereits vorweggenommen, die andere hat Thomas Pfaff fast beantwortet. Gehe ich richtig, dass der Gemeinderat für solche Ausnahmen in der Verordnung eine Handhabung hat, um für solche Anlässe Bewilligungen zu erteilen oder nicht?

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Diese Frage kann ich gerne beantworten. Zuerst kommt das Reglement und dann die Verordnung. Der Gemeinderat kann in der Verordnung nur Ausnahmen definieren, die dem Reglement nicht widersprechen. Wenn Absatz 3 im Reglement sagt, dass temporäre Reklamen generell verboten sind, dann haben wir in der Verordnung keinen Spielraum, um das zu missachten.

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Als Nicht-Jurist sehe ich dann auch hier ein Problem: Unter Einhaltung der dort genannten Bestimmungen sind temporäre Reklamen ohne Bewilligungen erlaubt“. Da bin ich einig mit Florian Spiegel, dass bei den eingeschränkten kulturellen oder sonstigen für Allschwil nützlichen und notwendigen Veranstaltungen der Gemeinderat dies explizit bewilligen kann, das ist der Zirkus oder andere kulturelle Veranstaltungen. Ich verstehe nicht, weshalb dies dort nicht möglich ist, wenn Absatz 5 explizit unter Einhaltung der dort genannten Bestimmungen temporäre Reklamen ohne Bewilligung erlaubt.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Wir sind bereit den Antrag im Sinn von Thomas Pfaff anzupassen. Man könnte einfach den Absatz 4 belassen und schreiben: Ausserhalb des Perimeters Zonenplan Siedlung ist dies nur für Wahl- und Abstimmungsplakate gültig. Wir wären bereit diesen Antrag so anzupassen.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Ich gehe zuerst auf das Votum von Rahel Balsiger ein. Ich glaube, wir finden eine Lösung, aber in diesem Fall, da es nicht mehr dringlich ist, der nächste grosse Wahltermin ist in weiter Ferne, möchte ich Ihnen beliebt machen, dass es eine zweite Lesung gibt und dass wir bis zur zweiten Lesung die passende Formulierung finden. Zum Votum Bammatter. Absatz 5 ist so zu verstehen: In der Verordnung steht, dass ich nur so und so viele Wochen vorher die Reklame anbringen darf, und dass ich sie bis eine Woche nach der Veranstaltung wegräumen muss. Das sind die Einschränkungen, die in der Verordnung geregelt werden. Wenn man diese einhält, dann ist es bewilligungsfrei.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Herr Pfaff, habe ich Sie richtig verstanden, dass es eine zweite Lesung gibt?

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Ob es eine zweite Lesung gibt, entscheidet der Einwohnerrat. Der Gemeinderat empfiehlt Ihnen dies.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich möchte kurz zu dem Votum von Andreas Bammatter einen kleinen Hinweis geben aus meiner juristischen Sicht. Ich verstehe Absatz 5 so, dass dort festgehalten wird, dass das, was die Verordnung erlaubt, bewilligungsfrei ist. Die Verordnung kann nicht eine Bewilligungspflicht einführen, die das Ganze erschweren würde. Was in Absatz 3 von Paragraph 8 untersagt wird, kann nicht über Umwege in Absatz 5 und der Verordnung ausser Kraft gesetzt werden.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Um die Verwirrung herauszunehmen, frage ich mich, ob wir nicht in dieser Vorlage hinten bei den Bemerkungen den Satz streichen sollten: Freies Plakatieren ist nur noch für Veranstaltungen und Anlässe vorgesehen. Und anstatt, dass wir uns so viele Gedanken machen, wie wir dies umschreiben und ändern, einen Zusatz hinschreiben: Ausnahmen können durch den Gemeinderat bewilligt werden.

**Christoph Ruckstuhl**, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe den Antrag der FDP so ergänzt und wie es Herr Pfaff gesagt hat. Man sieht, was dort eingefügt wird und die Streichung im Absatz 3. Ich mache beliebt, dass wir über diesen modifizierten Antrag so abstimmen und eine zweite Lesung damit vermeiden.

**Roland Naef**, LDP, fraktionslos: An diesem letzten Punkt soll es nicht scheitern, dass wir es heute durchkriegen. Wenn die Absicht der FDP ist, dass es nur die Kultur betrifft, die ausserhalb des Perimeters Plakate aufhängen, dann schlage ich vor, dass wir dort dies ergänzen: Ausnahmen, die das kulturelle Leben von Allschwil betreffen, regelt der Gemeinderat. Dann sind alle zufrieden, dann kann der Angelimärt plakatiert werden und der Zirkus. Vielleicht haben wir ja irgendwann noch Kultur in Allschwil.

**Philippe Hoffmann**, CVP-Fraktion: Wenn ich dies lese, dann heisst das, Abstimmungen sind auf Privatbesitz ausserhalb des Perimeters Zonenplan Siedlung erlaubt. Was ist denn mit Privatbesitz innerhalb des Perimeters Siedlung? Das verhebt nicht.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Ich möchte gerne einen Antrag auf eine zweite Lesung stellen. Jetzt haben wir hundert Varianten. Wir sind bereit, diesen Antrag anzupassen.

**Christoph Ruckstuhl**, EVP/Grüne-Fraktion: Es ist äusserst klar, wo bei den Wahlen und Abstimmungen plakatiert werden darf. Es wird ergänzt: Innerhalb des Perimeters Zonenplan Siedlung. Und unten wird es gestrichen. Das entspricht genau dem, was Herr Pfaff gesagt hat und wie die FDP den Antrag modifizieren würde.

**Roland Naef**, LDP, fraktionslos: Gibt es denn ausser diesem Satz von den Parteien noch weitere schwierige Anträge, die wir noch diskutieren müssen? Ansonsten schlage ich vor, dass wir die Lesung durchziehen und abschliessen. Nach der Pause können wir kurz auf diesen Satz zurückkommen, wenn wir beraten haben, wie dieser formuliert sein soll. Wenn wir daran jetzt das ganze Reglement aufhängen und eine zweite Lesung machen, dann gibt es danach noch eine dritte oder vierte Lesung. Manchmal komme ich mir vor wie im Zirkus.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Herr Spiegel, könnten Sie Ihren Antrag nochmals vorlesen?

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Wir stellen den Antrag, dass wir Paragraph 8, temporäre Reklame, wie folgt ergänzt: Ausnahmen können durch den Gemeinderat bewilligt werden. Dann kann er das nachher in der Verordnung selber ausarbeiten.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Nur eine kleine Verständnisfrage. Wo genau soll dies in Paragraph 8 stehen? Soll das eine eigene Aufzählung sein oder soll das unter der Aufzählung als eigener Absatz stehen? Das ist etwas ungenau so. Das muss rein sprachlich einen Zusammenhang geben, damit der Paragraph noch lesbar ist.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich bin der Meinung, dass es als fünfter Punkt unter den Absatz 3 müsste, temporäre Reklamen sind generell verboten.

**Stephan Wolf**, CVP-Fraktion: Ich würde eher vorschlagen, dass man es gerade unter „ausserhalb des Perimeters Zonenplan Siedlung“ macht, dann aber ohne Bindestrich, sondern als neuer Absatz. Das andere ist eine Aufzählung und wenn man da Ausnahmen machen möchte, dann braucht es einen neuen Absatz.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Wenn das der Herr Jurist so gut weiss, dann hätte er diesen Hinweis grad vorher geben können.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Sind Sie damit einverstanden Herr Spiegel? Gut, dann stimmen wir so ab über diesen Antrag.

**:::**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

**Rahel Balsiger Sonjic**, FDP-Fraktion: Damit wir in der Logik bleiben, zieht die FDP ihren Antrag zurück.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Dann stimmen wir über den Paragraph 8 ab, mit der Änderung der SVP-Fraktion:

**:::**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Wir kommen zu den Anträgen.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen.

1. Die Richtlinien und Regelungen zu Wahlen und Abstimmungen vom 26. Februar 2003 werden aufgehoben.

**:::**

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

2. Das Reklamereglement wird gemäss Entwurf Synopsis geändert.

**:::**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

3. Das Postulat 4153 wird als erledigt abgeschrieben.

**:::**

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

**:::**

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

**PAUSE**

## INFO-FENSTER

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Wir waren letzten Freitag bei Regierungsrätin Pegoraro in Liestal. Dort haben wir uns erkundigt über die weiteren Verkehrsprojekte in Allschwil. Ich möchte Ihnen kurz sagen, dass wir erfahren haben, dass es ein Projekt von erster Priorität gibt, nämlich den Zubringer Allschwil. Neu heisst der Zubringer Allschwil Zubringer Bachgraben. Das erkläre ich Ihnen kurz auf diesem Bild. Der Zubringer Bachgraben ist ein Teilstück der Umfahrung Allschwil. Sie sehen hier grün markiert, dass es ungefähr ein Teilstück ist, welches an die Autobahn anschliesst und in Richtung Allschwil kommen soll. Ganz links oben, das Teilstück, welches von der Autobahn abzweigt in Richtung Allschwil, heisst neu Zubringer Bachgraben. Das Stück hat erste Priorität. Die gute Nachricht ist, dass uns die Regierung mit anderen Betroffenen einbinden möchte in eine politische Begleitgruppe. Ich gehe davon aus, dass wir Ihnen im Laufe des Jahres 2016 weitere Informationen geben können.

## FRAGESTUNDE

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich lese die Frage jedes Mal vor und ich wäre froh, wenn mir die Gemeinderäte für das Protokoll immer sagen können, welche Frage beantwortet wird.

Wir kommen zur ersten Frage von Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion, rollstuhlgänglicher Zugang der Poststelle Agentur Lindenplatz.

### **Rollstuhlgänglichen Zugang der Poststelle / Agentur Lindenplatz**

*Dem Protokoll der Sitzung vom 16.9.1015 entnehme ich – auf die Frage zum rollstuhlgänglichen Zugang der Poststelle/ Agentur Lindenplatz:*

*Robert Vogt, Gemeinderat: Ich darf Ihnen die Antwort auf die Folgefrage zur Postagentur am Lindenplatz geben, welche auch keinen Zugang hat für einen Elektro-Rollstuhl. Dies liegt dort im Verantwortungsbereich der Post. Ich bin gerne bereit, dies an die Post weiterzuleiten, damit diese dafür sorgen, dass es zugänglich wird.*

*Gemäss Bundesgesetz über die Beseitigung von Benachteiligungen von Menschen mit Behinderungen (Behindertengleichstellungsgesetz, BehiG) vom 13. Dezember 2002 (Stand am 1. Juli 2013)*

*<sup>3</sup> Eine Benachteiligung beim Zugang zu einer Baute, einer Anlage, einer Wohnung oder einer Einrichtung oder einem Fahrzeug des öffentlichen Verkehrs liegt vor, wenn der Zugang für Behinderte aus baulichen Gründen nicht oder nur unter erschwerenden Bedingungen möglich ist.*

*liegt hier eine Ungleichbehandlung vor.*

### **Fragen:**

1. Wann hat der GR und mit welchem Inhalt dieses Anliegen weitergeleitet?
2. Wann und mit welchem Inhalt wurde dieses Schreiben beantwortet?
3. Was wird nun geschehen, damit der Zugang auch Personen mit Rollunterstützung die Postagentur bei der Firma Jehle erreichen können?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Ich kann Ihnen die drei Fragen wie folgt beantworten.

1. Die Postagentur Lindenplatz haben wir am 24. September angeschrieben kurz nach der Einwohnerratssitzung
2. Das Schreiben wurde bis jetzt noch nicht beantwortet.
3. Den Handlungsbedarf sehen wir so, dass die Gemeinde in diesem Fall die Post nur auffordern kann, aber nicht verfügen oder durchsetzen kann. Wenn die Klageberechtigten sich allenfalls wehren möchten, dann besteht die Möglichkeit sich entweder an den Verband zu wenden, Procap, und direkt die Post bzw.

die Postagentur zu kontaktieren. Von Seiten Gemeinderat sehe ich hier keinen weiteren Handlungsbedarf.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Danke Robi. Eine kleine Frage zu Frage 2. Heisst keine Antwort zu erhalten, dass man es sein lässt oder wird nachgefragt? Es ist ein Anliegen, welches der Gemeinde gut anstehen würde, wenn die Infrastruktur, welche die Post anbietet, diesem Anliegen entspricht. Wird nachgehakt?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Wir haben nicht im Sinn, nachzuhaken. Aber selbstverständlich werde ich fragen, ob das Schreiben angekommen ist und ob wir mit einer Antwort rechnen dürfen.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Frage 2 von Bruno Gadola, SP-Fraktion, Armutsanalyse.

### **Armutsanalyse**

*Ist der Gemeinderat bereit,*

#### **Fragen:**

1. seine „Armutsanalyse“ (s. Bericht vom 9.9.2015) in regelmässigen Abständen zu aktualisieren und
2. diese in regelmässigen Abständen zu veröffentlichen (z.B. im Geschäftsbericht)?

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Bruno Gadola fragt: Ist der Gemeinderat bereit, seine Armutsanalyse gemäss dem Bericht vom 9. September 2015, die Beantwortung der Interpellation, in regelmässigen Abständen zu aktualisieren? Das ist grundsätzlich kein Problem, das kann man jederzeit aktualisieren. Die andere Frage ist: Und diese in regelmässigen Abständen zu veröffentlichen, zum Beispiel im Geschäftsbericht? Der Gemeinderat ist der Meinung, dass man den Geschäftsbericht redimensionieren sollte. Wenn man diese Listen alle bringt, dann wäre dies viel zu viel im Geschäftsbericht. Es sind rund zwei oder drei Seiten nur statistische Zahlen. Wir sind bereit, die wichtigsten Zahlen, die sich daraus ergeben haben, im Geschäftsbericht, entweder im Departement oder beim Bericht der Sozialbehörde, aufzuführen.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zu Frage 3, Bruno Gadola, SP-Fraktion, Ausländer, Ausländerinnen in Allschwil.

### **Ausländer/innen in Allschwil**

*Ist der Gemeinderat bereit,*

#### **Fragen:**

1. den Bericht i.S. Ausländerinnen und Ausländer in Basel (Beantwortung der Interpellation Integrationskonzept vom 21. Okt. 2015) in regelmässigen Abständen zu aktualisieren und diesen
2. in regelmässigen Abständen zu veröffentlichen (z.B. im Geschäftsbericht)?

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Das ist eine Interpellationsbeantwortung Integrationskonzept. Diese steht auf der Traktandenliste, aber wurde noch nicht behandelt. Dort haben wir aufgelistet, wie viele Ausländer in Allschwil leben, und welche Nationalitäten. Wenn ich das richtig in Erinnerung habe, dann haben wir 40 Nationalitäten aufgeführt. Dies im Geschäftsbericht zu informieren, ist sehr aufwändig. Es ist auch aufwändig, die Leute herauszusuchen, wie viele aus welchen Ländern in Allschwil wohnen. Wir möchten den Geschäftsbericht eher redimensionieren. Der Gemeinderat sieht keinen Mehrwert, wenn die aufgeführt sind. Man kann dies auch im Baselland in Zahlen anschauen, oder im Internet. Dort sieht man, wie die Situation ist, vielleicht nicht gerade für Allschwil, aber man sieht es für die Bezirke des Kantons, wie viele Ausländer dort sind. Darauf können wir verzichten, denke ich.

**Bruno Gadola**, SP-Fraktion: Vielleicht könnte es auch im AWB sein oder in einer anderen Publikation. Es muss ja nicht unbedingt im Geschäftsbericht stehen.

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Es ist auch im AWB relativ viel, das man auflisten müsste, wenn man es richtig machen möchte. Wir könnten auch sagen, dass wir so und so viele Menschen aus EU-Ländern und andere ausserhalb EU. Den Sinn davon sehe ich nicht ganz ein, weshalb man dies publizieren soll im AWB.

**Bruno Gadola**, SP-Fraktion: Ich nehme das zur Kenntnis.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zu Frage 4. Bruno Gadola, SP-Fraktion, Arbeit in Basel.

### **Arbeit in Basel**

#### **Fragen:**

1. *Wie ist es zu erklären, dass die Anzahl der in Basel arbeitenden Allschwilerinnen und Allschwiler vom Jahr 2010 eruiert resp. publiziert werden konnte – damals pendelten 4899 Einwohner/innen aus Allschwil (52.6%) zur Arbeit nach Basel – die aktuellen Zahlen hingegen aus „rechtlichen Gründen“ nicht eruiert sind?*

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: In der Frage wird gesagt, dass es 4899 Einwohnerinnen gibt, die nach Basel pendeln, und dass diese Zahl aus dem Jahr 2010 stammt. Das stimmt nicht, diese Zahl stammt aus dem Jahr 2000 und wurde im Rahmen der damaligen Volkszählung, die Vollerhebung, die es alle zehn Jahre gibt, erhoben. Alles, was nach 2000 kam, kann nur im Rahmen der neuen Form der Volkszählung, die Strukturerhebung, erhoben werden, und dort auch nur durch Hochrechnung von den Stichproben über mehrere Jahre hinweg. Wir haben dies jetzt veranlasst. Das statistische Amt konnte uns hier unterstützen. Aufgrund der Hochrechnung 2011 bis 2013 geht man in diesem Zeitraum von 10'263 Erwerbstätigen aus. Achtung, diese Zahlen haben alle eine Wahrscheinlichkeit von 95%, das sind zwar genaue Zahlen, aber denken Sie immer noch plus/minus 5%. Bei diesen 10'263 Erwerbstätigen geht man davon aus, dass 9486 Arbeitspendler sind, davon pendeln 5487 nach Basel. Wenn man diese Zahl so nimmt, wie sie hochgerechnet wurde, dann wären wir jetzt bei 53% der Erwerbstätigen, die nach Basel pendeln. Ich hoffe, ich konnte damit die Frage beantworten.

**Bruno Gadola**, SP-Fraktion: Weshalb konnte man dies nicht bereits bei der kleinen Anfrage beantworten? Dort hiess es, dass es unmöglich sei und plötzlich geht es jetzt.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: Diese Zahlen sind so nicht direkt verfügbar, wie sie in Zusammenhang mit der damaligen Volkszählung öffentlich verfügbar waren. Da hat man explizit das statistische Amt um Hilfe gebeten. Diese konnten die Zahlen berechnen bzw. hochrechnen. Insofern gebe ich Recht, hätten wir damals bei der kleinen Anfrage bereits verstanden, dass Zahlen verfügbar sind, wenn man höflich nachfragt, dann hätten wir damals die Zahlen bereits eruiert lassen und publizieren können.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zu Frage 5, sie ist von mir. Umsetzung des Volksentscheides neues Schulhaus Gartenhof, Bettenacker.

### **Umsetzung des Volksentscheids Neues Schulhaus Gartenhof / Verkauf Bettenacker**

*In der Vorlage des Schulhauses wurde der Verkauf vom Areal Bettenacker mit eingerechnet.*

#### **Fragen:**

1. *Wie weit ist der Volksentscheid umgesetzt worden?*

2. Wann wird der Verkauf umgesetzt?

3. Oder hat der Gemeinderat andere Vorschläge?

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich erlaube mir, die drei Fragen miteinander und dafür schneller zu beantworten. Der Gemeinderat ist aufgrund der Komplexität der Materie zum Schluss gekommen, dass wir eine Immobilienstrategie 2016 beraten. Wir haben uns im Sommer und im Herbst damit intensiv auseinandergesetzt. Die Strategie ist jetzt in der finalen Bearbeitung. Wir haben am nächsten Mittwoch die zweite Lesung und werden dann das Geschäft ins Büro des Einwohnerrates überweisen. Wir rechnen damit, dass es eine Volksabstimmung im Juni 2016 geben wird. Aus diesem Grund empfehlen wir dem Einwohnerrat, dass er die Immobilienstrategie in der Februarsitzung berät. Davon gehen wir aktuell aus, weil wir gewisse Fristen haben, wo wir Drucksachen vorbereiten und verschicken müssen. Das sind teilweise auch gesetzliche Fristen und praktische, weil der Drucker nicht nur auf uns wartet. Bei dieser Gelegenheit möchte ich auch die Fraktionspräsidentinnen und –präsidenten darauf aufmerksam machen, dass dem Gemeinderat dieses Geschäft sehr wichtig ist. Wir bieten an, dass wir in die Fraktionen kommen. Diejenigen, die in einer kleineren Fraktion sind oder fraktionslos, bedienen wir auch, wenn es um die Aufarbeitung von dieser komplexen Materie geht. Jetzt bin ich leider nicht auf alle drei Fragen einzeln eingegangen, aber ich hoffe, ich konnte damit dienen.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zu Frage 6, sie ist auch von mir. Wegmatten, eine öffentliche Bedürfnisanstalt, nicht nur für Hunde.

#### ***Wegmatten eine öffentliche Bedürfnisanstalt nicht nur für Hunde***

*Leider sind die Zustände auf diesem Areal erschreckend. Es sind nicht nur Hunde die gerne ihr Geschäft verrichten, leider sind es auch Menschliche Spezies die dort sich erleichtern.*

#### **Fragen:**

1. Hat der Gemeinderat diese Situation erkannt?

2. Wie gedenkt der Gemeinderat diese unangenehme Situation zu beheben?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat mich gebeten, den baulichen Teil der beiden Fragen zu beantworten. Dort geht es primär um das alte Clubhaus des FC Allschwil, welches noch auf dem Areal Elefantacker steht. Dort haben wir gesehen, dass es begangen und beschmutzt wird. Dass wir dort handeln müssen, haben wir gesehen. Es gibt zwei Varianten. Wir schauen zuerst, wie teuer es wäre, das Clubhaus abzubauen, es wird nämlich nicht mehr gebraucht. Oder wir könnten es mit Brettern verschliessen, damit sich keine Tiere und Menschen mehr darin aufhalten. Für den zweiten Teil der Frage könnte Gemeinderat Thomas Pfaff Stellung nehmen.

**Thomas Pfaff**, Gemeinderat: In der Fragestellung steht: Leider sind es auch menschliche Spezies, die sich dort erleichtern. Das ist uns nicht bekannt. Uns ist es hingegen bekannt, dass nicht jeder Hundebesitzer immer mit dem Hundesäckli parat steht. Auf der Wegmatten gibt es den einen oder anderen Beleg, der dort nicht hingehört. Das ist uns bekannt und entsprechend haben wir die Fluraufsicht gebeten, diesem Hotspot vermehrt Beachtung zu schenken. Ich möchte auf unsere Personalressourcen hinweisen bei der Gemeindepolizei und Fluraufsicht. Diese sind beschränkt und es ist uns nicht möglich, dort eine ständige Kontrolle aufrechtzuerhalten. Wir appellieren an alle Hundebesitzer, dass sie sich ihren Pflichten bewusst sind und dafür sorgen, dass wir alle eine Wegmatten haben, wo auch die Kinder spielen können.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ich möchte nicht nur von den Hundebesitzern hören. Wirkliche Hundebesitzer haben diese Säckli dabei, sicher nicht alle. Mir wurde von der Bevölkerung nahe getreten, dass ich dies hier drin fragen soll. Es sind nicht nur Hundehäufchen sondern auch Menschenhäufchen. Ich mache mir Gedanken, dass dies auch Krankheiten mit sich tragen kann etc. Ich hoffe, dass man dies ein bisschen unter Kontrolle hat.

---

**Andreas Bammatter**, SP-Fraktion: Ich freue mich sehr, wenn diese Clubhütte eine anständige Entsorgung kriegt. Ich habe hier vor ein paar Jahren gemeldet habe, dass dort das Licht brennt. Man hat dann mal den Strom weggenommen. Wenn es noch als sonstiger Veranstaltungsort gebraucht wird ohne Zweck, dann bin ich froh, wenn die weg kommt.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zur Frage 7 von Semra Wagner, SP, Lichtsignal an der Kreuzung Parkallee Spitzwaldstrasse.

### **Lichtsignal an der Kreuzung Parkallee / Spitzwaldstrasse**

*Die Ampel, auch mit der akustischen Unterstützung, ist eine grosse Hilfe für das Überqueren der beiden Fahrbahnen. Für die Kinder der beiden Kindergärten, wie auch für ältere Personen und Eltern mit Kinderwagen, sind die Grünphasen jedoch etwas kurz – oft endet die Grünphase noch mitten auf dem Fussgängerstreifen, was für kleine Beide, wie auch etwas steifere, nicht immer ganz einfach ist.*

#### **Fragen:**

1. Welche Möglichkeiten sieht der Gemeinderat, die Grünphasen um wenige Sekunden zu verlängern?
2. Liegt dies in der eigenen Kompetenz unserer Verwaltung oder muss hier der Kanton angefragt werden?
3. Falls eine kleine Änderung möglich ist, mit welchem Zeitrahmen müssen wir hier rechnen?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Bei dieser Lichtsignalanlage, die der Gemeinde Allschwil gehört, ist es möglich, diese über die Schaltung der Zeitdauer über die verschiedenen Phasen einzustellen. Im Moment gibt es eine Freigabe für die Fussgänger von 8 Sekunden und 6 Sekunden blinkt es orange, zusammen also 14 Sekunden, um diese relativ schmale Strasse zu überqueren. Im Vergleich ist es eine grosszügige Zeit. Wir gehen davon aus, dass dies reichen müsste für 99% der Überquerungen. In Ausnahmefällen, wenn grosse Gruppen kommen, reicht dies nicht. Dann muss man sich halt in Gruppen aufteilen. Was die Einwirkung betrifft, könnte man sich vorstellen, wenn es Problem mit Schulkindern gibt, dass Sie sich bei der Gemeindepolizei melden und schauen, ob es angemessen ist oder nicht. Ich glaube, so finden wir eine gute Lösung.

**Roland Naef**, LDP, fraktionslos: Es gibt bei den meisten gelben Kästen unten einen Knopf. Wenn Sie dort drücken, dann ist die Grünphase länger. Das ist gemacht für Sehbehinderte und je nach dem auch für Schulen.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Ich weiss aus meinem Beruf, dass es sein kann, dass das Grünlicht für die Fussgänger unterbrochen wird durch den Bus, dann ist die Zeit viel kürzer. Wenn der Bus kommt, dann kann es sein, dass es plötzlich wechselt, weil der Bus prioritär ist.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zu Frage 8, Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion, Wohnungsmiete.

### **Wohnungsmiete**

*Sozialhilfeempfänger dürfen nur eine bestimmte Summe für die Wohnung ausgeben. Falls die Wohnungsmiete zu teuer ist, müssen sie umziehen oder die Differenz aus dem Grundbetrag selber bezahlen.*

#### **Fragen:**

1. Wie viele Sozialhilfebezüger decken einen Teil des Mietzinses aus dem Grundbetrag?
2. Wie viele Sozialhilfebezüger decken hierbei einen grösseren Betrag als 100.- aus dem Grundbetrag?
3. Wie viele Sozialhilfebezüger müssen aktuell in Allschwil aus diesem Grund eine günstige Wohnung suchen?

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Herr Lautenschlager fragt in Frage 1: Wie viele Sozialbezüger decken einen Teil des Mietzinses aus dem Grundbedarf? Ich habe den Monat Dezember genommen, es kann von Monat zu Monat auch wechseln. Im Dezember waren das 76 Haushalte von 306, die einen zusätzlichen Betrag aus dem Grundbedarf bezahlen mussten.

Frage 2: Wie viele Sozialbezüger decken hierbei einen grösseren Betrag als CHF 100 aus dem Grundbedarf? Das sind 40 Haushalte, die über CHF 100 zusätzlich aus dem Grundbedarf bezahlen müssen und 36 liegen unter CHF 100.

Wie viele Sozialhilfebezüger müssen aktuell in Allschwil aus diesem Grund eine günstigere Wohnung suchen? Das sind die 76, die aufgeführt wurden. Jährlich kommen zwischen 8 und 15 Haushalten dazu, welche spätestens sechs Monate nach Unterstützungsbeginn in eine günstigere Wohnung umziehen müssten.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Mich interessiert, über welche Höhen dieser Mieten wir sprechen.

**Arnold Julier**, Gemeinderat: Die Behörden legen Richtmieten fest, damit ein Rahmen, der für alle gleich ist, gesteckt ist. Nettomiete für eine Person liegt bei CHF 850, bei zwei Personen CHF 1100 und bei drei Personen CHF 1300, bei vier Personen CHF 1500 und bei fünf Personen CHF 1600. Die unter 25-Jährigen haben CHF 550 für eine Wohnung.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zur Frage 9, Patrick Lautenschlager, SP-Fraktion, Kunststoffsammlung.

### **Kunststoffsammlung**

*Ein Kompliment für die Einführung der Kunststoffsammlung in Allschwil. Es freut mich sehr, dass dieser Schritt mittels Einsammlung sehr kundenfreundlich organisiert wurde. Bereits wurde mehrfach darauf angesprochen, dass es schade sei, dass die Säcke nicht über die üblichen Verkaufskanäle zu kaufen ist:*

#### **Fragen:**

1. *Wie sieht es mit den Verkäufen nach 2 Wochen aus?*
2. *Besteht nicht die Gefahr, dass durch die „erschweren“ Kaufsbedingungen die Evaluation verzehrt sein wird und der Erfolg dieser sehr guten Idee gefährdet sein könnte?*

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Das ist eine sehr erfreuliche Entwicklung, die ich Ihnen heute mitteilen kann. Wir haben bis Ende letzter Woche 800 von diesen Rollen Kunststoffsäcke verkauft. Das bedeutet, dass die Bevölkerung dies in einem grossen Mass aufgenommen hat. Wir sind sehr gespannt, wie die erste Sammlung am 2. Februar aussehen wird. Weil wir jetzt noch in einer Pilotphase sind, bestehe ich darauf, dass wir an den beiden Verkaufsstellen, Hauptpost und Gemeindeverwaltung, festhalten. Wir schauen, wie sich das in den nächsten Monaten entwickelt. Wenn das so rasant weitergeht, dann kann ich Ihnen versichern, dass wir das Netz ausdehnen werden und weitere Verkaufsstellen in Allschwil anbieten werden. Es wird nicht gleichviel geben, wie für die Kehrrichtsäcke. Die Kehrricht-Vignetten nehmen keinen Platz weg, die kann jeder Kiosk unterbringen. Diese Rollen sind relativ massig, da muss man einen ganzen Karton oder mehrere verstauen können. Wir werden darum nicht über 20 Verkaufsstellen haben, wie das beim Kehricht der Fall ist. Aber es läuft gut und ich informiere gerne wieder an der nächsten Sitzung.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Ich mache Gebrauch von der Option, dass ich eine Frage stellen darf. Mir ist aufgefallen, dass an der Sitzung vom 21. Januar 2015, ziemlich genau vor einem Jahr, Roland Naef nachgefragt hat betreffend einer Mail von der Gemeindeverwaltung zu einer fristlosen Entlassung. Damals haben wir die Antwort erhalten, dass man keine Aussage machen kann, weil noch ein hängiges Verfahren offen ist. Mich würde interessieren, ob das Ganze abgeschlossen ist und mit welchen Folgen.

**Nicole Nüssli-Kaiser**, Gemeindepräsidentin: Ich beantworte diese Frage gerne, auch wenn ich nicht alles beantworten kann, was gefragt wurde. Ich kann sagen, dass das Verfahren abgeschlossen wurde. Es kam zu einer Einigung, über dessen Inhalt Stillschweigen vereinbart wurde.

**Jürg Vogt**, FDP-Fraktion: Ich möchte auch eine Zusatzfrage stellen. Die Oberwilerstrasse ist noch nicht fertig saniert. Weiss der Gemeinderat, wann sie gesperrt wird und für wie lange?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Die Oberwilerstrasse ist im Moment fast fertig in der ersten Etappe. Es fehlt nur noch der Deckbelag. Dieser wird in ein paar Monaten angebracht. Im oberen Teil der Oberwilerstrasse wird es ungefähr dasselbe nochmals geben wie letztes Jahr. Das würde bedeuten, dass es eine Totalsperre gibt mit den entsprechenden Umleitungsrouten. Das wird vermutlich im Jahr 2017 sein.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Wie hoch sind die Umleitungskosten für das Tram an der diesjährigen Fasnacht und wer bezahlt dies?

**Robert Vogt**, Gemeinderat: Im Moment liegt eine Offerte der BVB vor, dass dies CHF 20'000 pauschal kostet. Wir stehen in Verhandlungen, dass wir diesen Betrag reduzieren können. Das Endresultat liegt noch nicht vor. Die Gemeinde Allschwil bezahlt das, nicht die Fasnachtsorganisation.

01.030

Einwohnerrat

#### **Traktandum 7**

Bericht des Gemeinderates vom 09.12.2015, betreffend  
Abrechnung über den Neubau des Dreifachkindergartens „Pestalozzi“  
inkl. Räumlichkeiten für den Vorschulheilpädagogischen Dienst (VHPD)  
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4088D

---

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Der Gemeinderat kann Ihnen heute Abend mit einigem Stolz diese Abrechnung von dem Dreifachkindergarten Pestalozzi mit dem vorschulheilpädagogischen Dienst präsentieren. Wenn Sie sich daran erinnern, was dort vorher stand, das Provisorium, und wenn man sieht, was wir heute dort haben, dann möchte man am liebsten wieder ein Kind sein. Helle Räume und eine tolle Umgebung sind kindgerecht und lassen einen interessanten Unterricht an diesem Ort zu. Bezüglich Qualität, Termine und Kosten konnten die Vorgaben der Nutzerinnen und Nutzer eingehalten werden. Heute dürfen Sie die Abrechnung genehmigen und einen Kreis schliessen, den Sie am 23. Mai 2013 mit dem Auftrag mutig und entschlossen geöffnet haben. Bereits damals haben wir darauf hingewiesen, dass die Ausschreibung aus Zeit- und Kostengründen parallel zum politischen Entscheidungsweg durchgeführt wurde. Aus diesem Grund wusste der Gemeinderat von Anfang an, dass nicht der billigste Anbieter in diesen Preisen stand, die wir damals präsentiert haben, sondern dass es ein Mittelwert war, damit wir noch handlungsfähig gewesen wären, wenn diesem Unternehmer etwas passiert wäre bis zur Auftragsvergabe. Das war aber nicht so, wir haben einen guten Unternehmer, es war der gleiche, der uns auch den Tageskindergarten an der Spitzwaldstrasse und der Einfachkindergarten an der Ziegelei gebaut hat. Er hat überall am günstigsten gerechnet. Weitere Kosteneinsparungen, das konnten Sie dem Bericht entnehmen, waren die Förderbeiträge, die wir erhalten haben, aufgrund der Masse, das waren über CHF 100'000, und natürlich ein konsequentes Kosten/Leistungsbewusstsein, das wir bis zuletzt beibehalten konnten. Ich stehe gerne für Fragen zur Verfügung und bitte Sie den Antrag des Gemeinderates zu genehmigen.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall, wir kommen zur Detailberatung.

**Roland Naef**, LDP, fraktionslos: Grundsätzlich finde ich es toll, dass man so tief abrechnen konnte. Wir fanden schon bei der Vorlage, dass es ein bisschen günstiger ginge. Wenn ich in den Kindergarten hereingehe, dann habe ich das Gefühl, dass der Architekt wollte, dass der Nutzer dem Architekt dient und nicht umgekehrt, also dass der Architekt dem Nutzer dient. Weshalb ist man nicht auf den Wunsch der Nutzer eingegangen und hat die komischen Wände weiss gemacht, Gipswände, die man nicht brauchen kann in einem Kindergartenbetrieb? Wieso hat man so einen farblosen Boden gemacht? Weshalb hat man eine düstere Decke gemacht? Jetzt lebt es vom Betrieb, der dort drin ist, aber die Wände sind teilweise unbrauchbar. Es wurde bemängelt beim Kindergarten oben im Ausserdorf, dass die Wände nicht sinnvoll nutzbar sind. Die Kindergartenlehrkräfte haben immer wieder darauf aufmerksam gemacht. Trotzdem wurde es so ausgeführt.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Einen Teil hat Roland Naef bereits gesagt. Auf den ersten Blick sieht es wunderbar aus und man könnte meinen, die Sache sei gut. Trotz allem hat sie aus unserer Sicht, und wenn man die Arbeit der begleiteten Kommission und die Schreiben verfolgt hat, viele Mängel und Sachen, die nicht sauber laufen. Das sieht man anhand der Rückmeldungen aus der Baukommission und anhand der Mängelliste, welche teilweise unvollständig ist. Wenn man ein Schreiben der Kindergärtnerinnen liest, wo sie diverse Punkte aufzählen, dann muss man sich fragen, was für Experten hier am Werk waren. Ein Beispiel. Wir sprechen von einer Küche, die keinen expliziten Dampfzug hat. Mit modernen Komfortlüftungen mit Zu- und Abluft saugt es nichts anderes als mit der Abluft die Küchengerüche weg und diese kommt mit der Zuluft in den ganzen Kindergarten rein. Das sind kalkulatorische Fehler. Dazu kommt, dass zwei Personen in der einen Kommission die ganze Baukostenabrechnung nicht unterschrieben haben. Wir haben uns vorbehalten, dass wir nicht intervenieren werden. So wie es aussieht, hat die Baukommission am 25. Januar nochmals eine Sitzung, wo sie diese Mängel nochmals anschauen und abarbeiten werden. Wir sind sehr positiv gestimmt und werden aus diesem Grund mit Vorbehalt diesem Geschäft heute zustimmen. Betreffend der Kommission möchte ich etwas sagen, das betrifft vor allem die Fraktionen im Einwohnerrat und insbesondere zwei, sie wissen das, ich erwähne das nicht namentlich. Ich bin der Meinung, wenn man in so Kommissionen gewählt wird, dass diese Aufgabe auch wahrgenommen werden müssen. Wir haben zwei Personen, die über die ganze Zeit des Projekts als unentschuldigt aufgeführt werden. Ich kann es nicht netter sagen, als dass ich das eine verdammte Schweinerei finde. Diese Leute sollten aus der Kommission zurücktreten, zwei andere befinden oder eine Vertreterlösung finden. Das geht nicht und geht anstandshalber gegenüber dem Projektteam und anderen Leuten gegenüber im Einwohnerrat, die diese Aufgabe wahrnehmen, nicht.

**Andreas Bärtsch**, FDP-Fraktion: Wenn wir die Abrechnung anschauen, dann möchten wir zuerst dem Gemeinderat gratulieren, dass das Projekt so erfolgreich abgeschlossen wurde. Es fällt aber auf, ich habe das letzte Mal bereits darauf hingewiesen, dass es bei der Unterkellerung eine wesentliche Kostenüberschreitung gegeben hat. Es scheint ein systematischer Fehler in der Gemeinde Allschwil zu sein, dass man Unterkellerungen nicht rechnen kann, das sollte eigentlich nicht so schwer sein. Uns wurde zugetragen, dass die Unterkellerung nicht von aussen zugänglich ist. Wenn man die an einen Drittmietler zur Verfügung stellen möchte, dann muss dieser durch das Gebäude gehen.

**Niklaus Morat**, SP-Fraktion: Wir möchten dem Gemeinderat zuerst danken für den Bericht. An den Neuzuzügerapéros werden unsere Bauten im Bildungsbereich immer wieder gelobt, und dies zu Recht. Unser spezieller Dank gilt den Mitarbeitern der Gemeinde, die dies erst möglich machen. Wir haben im Traktandum 1 heute gehört, dass wir wahrscheinlich noch mehr Bauten im Bildungsbereich bauen müssen. Ich hoffe, dass es so weitergeht, trotzdem wir vor gut sieben Wochen unseren Gemeindeangestellten den Lohn gekürzt haben. Zur Unterkellerung. Ich mag mich erinnern, dass wir das hier drin kurz entschieden haben und der Gemeinderat vielleicht eine Viertelstunde Zeit hatte, um eine Zahl fürs Budget zu nennen. So schlecht ist das also nicht.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich möchte auf ein paar Fragen eingehen betreffend der Mängellisten. Eine Mängelliste gibt es, wenn etwas nicht so geliefert wird, wie es bestellt wurde. Wir haben Mängel aufgeführt bei der Abnahme und diese Mängel wurden aufgenommen, das ist zum Beispiel der Bodenbelag, wo wir eine Expertise haben machen lassen, ob dieser Boden auch wirklich gut ist. Da kam ein unabhängiger Experte, hat den Boden angeschaut und hat gesagt, dass er in Ordnung sei und innerhalb der Toleranz liege, dazu gibt es auch einen Bericht. Man kann nicht immer von einem Mangel

reden, wenn der Wunsch eines Nutzers nicht erfüllt wird. In dieser Kommission waren unter anderem auch Leute drin von der Schulleitung, das waren unsere Ansprechpersonen. Die meisten Sachen sind genauso geliefert und hergestellt worden, wie sie dort bestellt wurden. Wieso die Wände nicht weiss sind, hat Roland Naef gefragt. Wir haben dies überall so durchgezogen, dass wir die USP-Platten an den Wänden haben. Im Augenblick haben wir davon abgesehen, die noch zu streichen. Das ist nicht ganz einfach und würde auch etwas kosten. Es war von Anfang an eine Architektursprache, dass man dort lebendige Wände wollte im Gegensatz zu einer relativ grossen und ruhigen Fläche am Boden. Der Boden ist nicht farblos, sondern er ist in einem hellen grau. Die Decke musste mit Schalldämmplatten befestigt werden, die sind in einem gebrochene weiss ausgeführt. Man kann nicht von farblos reden. Es wurden diese Sachen geliefert, die bestellt wurden. Das Ganze ist ein Minergie-Haus, entsprechend müssen die technischen Einrichtungen aufeinander abgestimmt sein. Die CHF 100'000 hat es gegeben, weil wir diese Vorgaben erfüllen.

Es gab noch die Frage zur Kostenüberschreitung im Keller. Wir mussten dort mehr oder weniger ad hoc sagen, was ein Kellerausbau kostet. Man muss dort verschiedene Sachen berücksichtigen. Es stimmt, Andreas Bärtsch, was du sagst, der Keller ist etwas teurere geworden, als wir gesagt haben in der Sitzung am 23. Mai. Alles in allem konnten wir den Kredit einhalten, das zählt. Es war nie die Rede davon, dass er von aussen zugänglich sein muss. Der Raum soll genutzt werden von den Schulen und den Kindergärten, also vor allem eine interne Nutzung.

**Simon Zimmermann**, SVP-Fraktion: Noch eine Ergänzung wegen Mängel. Wenn ich in einem Kindergarten als Kind die Türe nicht mehr öffnen kann, dann zeugt das von einem grobfahrlässigen Mangel. Es ist das Minimum, dass ein Kind jederzeit selbstständig rein und raus kann.

**Kathrin Gürtler**, FDP-Fraktion: Ich höre die Meinung von Herrn Morat, dass es eine leichte Kostenüberschreitung gab beim Keller. Es ist ein Plus von über 64% mehr. Es ist CHF 65'000 teurer als die ganze Unterkellerung beim Doppelkindergarten, obwohl wir hier nur die Hälfte unterkellert haben. Es ist schön, dass die Gesamtabrechnung unter dem Budget liegt. Wir wussten aber damals schon, dass es mit einem Mittelwert gerechnet wurde und dass es günstigere Offerten gibt. Man kann nicht immer nur die Gesamtabrechnung anschauen, sondern man muss auch die einzelnen Positionen anschauen. Hier sticht die Unterkellerung hervor, wo die Kosten ausgefuhrt sind.

**Florian Spiegel**, SVP-Fraktion: Natürlich ist es so mit den Mängellisten. Es ist nicht immer alles ein Mangel. Trotzdem bin ich der Meinung, dass es so viele zusätzliche Punkte sind, sowohl im Schreiben der Kindergärtnerinnen als auch von den Mitgliedern der Baukommission. Es geht nicht, dass diese Mängel nicht ins Protokoll kommen wie das mit der Türe, wo die Kinder die Kraft nicht haben, um sie selber zu öffnen, und das mit dem Dampfzug, was man garantiert nachträglich lösen muss, das muss sauber gemacht werden.

Das mit dem Boden ist eine Expertise, das stimmt, der hat die Sache begutachtet und sein Statement abgegeben. Es liegt in der Toleranz, aber es ist nicht rosig. Ich wüsste gerne etwas wegen der Minergie. Wir erhalten CHF 100'000 Fördergelder. Mich interessiert, was wir einsparen würden, wenn wir es ohne Minergie bauen würden. Die Minergie ist zum Teil schon recht für Bürokomplexe oder sonstige Gebäude. In den Gebäudetechnikfachschulen ist man heute der Meinung, dass Minergie-Standards nicht in Schulen und Kindergärten gehören. Sie sind nicht umsetzbar, wie sie gedacht sind, wegen der Kinder. Es gibt eine Erhöhung der Unterhaltskosten. Neue Statistiken haben ergeben, dass die Kinder in Minergie-Bauten öfters krank sind als in Bauten ohne Minergie. Wir halten immer an diesem Minergie-Standard fest, als wäre das ein goldiges Huhn.

Zu Niklaus Morat möchte ich sagen, dass es nicht in 15 Minuten gemacht wurde. Der Gemeinderat hatte Zeit, um die Kosten nachträglich zu liefern. Diese Kosten, die hier aufgeführt sind, wurden in einer zweiten Expertise eingegeben und nicht in 15 Minuten an der Sitzung.

**Christoph Morat**, Gemeinderat: Ich kann noch etwas sagen zu den schweren Türen. Die schweren Türen, die die Kinder nicht öffnen können, sind Glastüren, da ist ein Brandabschnitt. Aus diesem Grund müssen sie ein gewisses Gewicht haben, sie müssen zugehen, das wurde genau eingestellt. Unsere Leute und unser Abwart wurde entsprechend instruiert. Die hat ein gewisses Gewicht alleine wegen der Grösse und weil es eine gewisse Dicke der Scheibe braucht wegen dem Brandschutzglas. Das ist unschön in einem Kindergarten, ich kann nachvollziehen, dass dies nicht für alle ersichtlich ist. Wir müssen die Türen so haben, wir können dies nicht ändern, weil das Sicherheitsvorschriften sind, die in der Baubewilligung verlangt werden.

**Roland Naef**, LDP, fraktionslos: Nur kurz etwas zu Minergie. Im Kanton Baselland darf kein öffentlicher Bau gebaut werden, der nicht dem Minergie-Standard entspricht. Zusätzlich wäre bei diesem Kindergärten Minergie P. Die Küchenabluft muss heute über Kohlefilter abgeführt werden und darf in einem Minergiebau nicht übers Dach an die frische Luft geführt werden.

Ich möchte auf die USP-Platten zurückkommen, die einfach nicht brauchbar sind. Du hast gesagt, dass Vertreter dabei waren. Wenn ich schaue, wer die Mitglieder oder die Delegierten waren, dann sind das beim Pestalozzi-Kindergarten Carolin Müller von der Schulleitung. Dort hat man so gebaut, wie man immer baut, obwohl die oben bereits reklamiert haben, als sie den Kindergarten in Betrieb genommen haben. Beim nächsten Kindergarten waren die Kindergärtner dabei, da sieht man in der Innenraum-Gestaltung einen grossen Unterschied. Wir haben jetzt genug diskutiert und sind froh, dass es günstiger ist, aber man muss auch sagen, was nicht gut ist.

**René Imhof**, SVP-Fraktion: Es gibt noch einen Mangel, der nirgends aufgeführt ist. Wenn ein Kind an den rohen Wänden herumstreicht, dann hat es einen Spiessen. Das kann auch als grobfährlässig eingestuft werden.

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

**Simon Maurer**, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Planungsphase

3. Bauausführung

4. Kreditabrechnung

5. Antrag

**Pascale Uccella-Klauser**, Präsidentin: Wir kommen zur Abstimmung.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt Ihnen der Gemeinderat zu beschliessen:

5.1 Die Bauabrechnung für den Neubau des Dreifachkindergartens Pestalozzi inkl. Räumlichkeiten für den Vorschulheilpädagogischen Dienst (VHPD) in der Höhe von CHF 4'442'570.20 wird genehmigt.

**://:**

Dieser Antrag wird grossmehrheitlich angenommen.

**://:**

Das Geschäft als Ganzes einstimmig abgeschlossen.

Ich wünsche allen einen schönen Abend, eine gute Nacht und eine gute Heimfahrt.

**ENDE**